

UNIVERSITÄT ZU KÖLN

IBERISCHE UND LATEINAMERIKANISCHE ABTEILUNG DES
HISTORISCHEN SEMINARS

Katholische Kirche und Staat – Brasilien 1960 –1973

Diplomarbeit im Studiengang

Regionalwissenschaften Lateinamerika

Wintersemester 2003/2004

Betreuung: Prof. Dr. Hans-Jürgen Prien

Vorgelegt von: Detlef Henke

Thielenstr. 21
50825 Köln
Tel. 0221 / 5506258
Köln, den 14. Oktober 2003

| Inhaltsverzeichnis | Seite |
|---|-----------|
| <u>Einleitung</u> | <u>4</u> |
| Fragestellung und Aufbau der Diplomarbeit | 4 |
| Forschungsstand | 6 |
| Quellen und Literatur | 6 |
| <u>1. Theoretischer Rahmen</u> | <u>7</u> |
| 1.1 Eingrenzung der Begriffe | 7 |
| 1.1.1 Kirche | 7 |
| 1.1.2 Staat | 8 |
| 1.2 Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat | 9 |
| <u>2. Historische und analytische Einführung</u> | <u>11</u> |
| 2.1 Die Kirche und ihr Verhältnis zum Staat in den 50er Jahren | 11 |
| 2.2 Phaseneinteilung | 13 |
| <u>3. Die Analyse: Kirche und Staat in Brasilien 1960-1973</u> | <u>15</u> |
| 3.1 Phase 1960 – 1964 Von der Präsidentschaftswahl bis zum Militärputsch | 15 |
| Kirche und Reformen | 15 |
| Staat und Reformen | 18 |
| Kirche und Wahlkampf | 18 |
| Kurze Regierungszeit Quadros` | 20 |
| Kirche und Politik Quadros` | 21 |
| Der Staat unter Goulart | 22 |
| Die Politik Goularts | 23 |
| Kirche und Reformen - 1962 | 23 |
| Kritik an der Außenpolitik | 26 |
| CNBB-Erklärung zur Enzyklika „Pacem in Terris“ - 1963 | 27 |
| Sturz der Regierung Goulart | 28 |
| Verhalten der Kirche | 29 |
| 3.2 Phase 1964 – 1967 Die Regierungszeit Castelo Brancos | 32 |
| Veränderungen des Staates | 32 |
| Reaktionen der Kirche | 34 |
| Erste Stellungnahme der Kirche nach dem Sturz | 35 |
| Personelle Veränderungen in der Bischofskonferenz | 37 |

| | |
|---|----|
| Strukturelle Veränderungen innerhalb der Kirche | 38 |
| Erste Spannungen - 1965 | 39 |
| Der zweite Institutionelle Akt – AI-2 | 40 |
| Konflikte zwischen progressiven Kräften und dem Staat | 41 |
| | |
| 3.3 Phase 1967 – 1969 | 43 |
| Die Regierungszeit Costa e Silvas | |
| | |
| Sozialzyklika „Populorum Progressio“ und Reaktionen | 43 |
| Kirche und gesellschaftliche Konflikte | 44 |
| Der verbotene Studentenkongreß - 1967 | 44 |
| Die Affäre von Volta Redonda - 1967 | 45 |
| Studentenkonflikte und Kirche -1968 | 46 |
| Medellin und ihre Auswirkungen | 48 |
| Der fünfte Institutionelle Akt – AI-5 | 49 |
| Reaktion der Kirche | 50 |
| Öffentlichkeitsbild des Verhältnisses Kirche - Staat | 51 |
| Der Staat während der vorübergehenden Militärjunta | 52 |
| | |
| 3.4 Phase 1969 – 1973 | 54 |
| Die Regierungszeit Médicis | |
| | |
| Veränderungen in der Bildungspolitik | 54 |
| Kirchliche Äußerungen im Ausland | 55 |
| Vollversammlung im Mai 1970 | 57 |
| Staatliche Repression halten an | 58 |
| Personelle Veränderungen innerhalb der Kirche | 59 |
| 150. Jahrestag der Unabhängigkeit | 60 |
| Die Diskussion um die Menschenrechte - 1973 | 61 |
| | |
| 4. <u>Der interne Wandel der Kirche 1960-1973</u> | 63 |
| | |
| Fazit | 65 |
| | |
| Literaturverzeichnis | 69 |
| | |
| Literatur und Quellen | 69 |
| Zeitschriften und Zeitungen | 71 |

Einleitung

Fragestellung und Aufbau der Diplomarbeit

Das Thema dieser Diplomarbeit lautet "Katholische Kirche und Staat – Brasilien 1960–1973". In ihr soll die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Kirche und dem Staat in diesem Zeitraum beantwortet werden. Das Verhältnis zwischen den beiden Institutionen ist besonders interessant, da der Staat und die Kirche in der untersuchten Phase wesentliche Veränderungen durchlebten.

Die schwerwiegendste staatliche Veränderung fand 1964 statt, als die Demokratie zu Ende ging und eine Militärdiktatur begann. Die Reaktion der Kirche auf diesen Wechsel verdient deshalb ein besonderes Augenmerk, da sie die größte nichtstaatliche Organisation des Landes war und ist. Die Frage, ob sie den demokratischen Sturz befürwortet hat oder nicht, soll genauer untersucht werden. Desweiteren ist von Interesse, wie die Kirche auf den Prozeß der Institutionalisierung der Militärregierung reagierte.

Das Verhältnis darf jedoch nicht nur aus der Perspektive der Kirche, die gleichwohl im Mittelpunkt der Untersuchung steht, betrachtet werden, sondern auch aus der Sicht des Staates. Die Ansicht des Staates über die Rolle der Kirche soll dabei offengelegt werden.

Darüberhinaus soll der interne Wandel der Kirche innerhalb dieses Zeitraumes näher untersucht werden, da dieser zusätzlich zum Verständnis für das Verhalten der Kirche beitragen kann.

Zu Beginn der Diplomarbeit sollen die beiden Begriffe Kirche und Staat definiert werden. Dies soll helfen, Mißverständnisse in der Analyse vorzubeugen. Durch die Definitionen soll eine Eingrenzung der Begriffe

vorgenommen werden. Sind unter dem Begriff "Kirche" alle Katholiken Brasiliens, die Laienorganisationen oder rund zweihundertfünfzig Bischöfe zu verstehen? Mit dem Begriff des Staates können ebenfalls höchst unterschiedliche Definitionen verbunden sein, so daß es leicht zu Irritationen kommen kann.

Einer theoretischen Erörterung bedarf auch das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Die möglichen Zustände des Verhältnisses - und die möglichen Ursachen für Veränderungen - werden deshalb im Kapitel 1.2 genannt. Hiermit soll die theoretische Komplexität des Themas angerissen, und gleichzeitig ein begrifflicher Rahmen für die gesamte Arbeit geschaffen werden.

Danach folgt eine kurze Beschreibung der Kirche und des Staates in den 50er Jahren. Dadurch soll der Leser sowohl auf den für die Analyse relevanten Zeitraum eingestimmt, als auch über die nötigen Hintergrundinformationen unterrichtet werden.

Der Zeitraum der Analyse wurde von mir in vier Phasen eingeteilt. Diese Untergliederung orientiert sich an bestimmten Politikfeldern, wie zum Beispiel der Außenpolitik, oder am Verhalten der Akteure und Institutionen.

Wie der zentralen Fragestellung im Hauptteil nachgegangen wird, richtet sich im wesentlichen nach den Kriterien, die für die Phaseneinteilung ausschlaggebend waren. Die Einteilung der Phasen wird in Kapitel 2.2 erläutert.

Nach der Analyse folgt eine kurze Zusammenfassung über den Wandel der Kirche innerhalb des gesamten Zeitraumes, bevor im Fazit die Ergebnisse der ganzen Diplomarbeit dargestellt werden.

Forschungsstand

Bezüglich des deutschen Forschungsstandes ist hervorzuheben, daß Christiano German und Hans-Jürgen Prien sich bereits mit der Thematik der Kirche Brasiliens auseinandergesetzt haben. German beginnt, in seinen 1999 veröffentlichten Buch „Politik und Kirche in Lateinamerika“, seine Fallstudie über Brasilien 1964. Prien geht in seinem umfassenden Buch über „die Geschichte des Christentums in Lateinamerika“ auch auf die Kirche Brasiliens vor 1964 ein. Viel eher als German, nämlich schon 1981 veröffentlichte Prien eine Fallstudie, die im Jahr 1964 beginnt.

Eine übergreifende Analyse, die sich sowohl mit der demokratischen als auch diktatorischen Phase beschäftigt, ist nach meinem Wissensstand bis heute nicht erschienen.

Quellen und Literatur

Damit ein hinreichend genaues Bild vom Verhältnis der beiden Institutionen gezeichnet werden kann, soll auf ein möglichst breites Quellenspektrum zurückgegriffen werden. Diese Quellen beruhen auf Aussagen von Personen, wie zum Beispiel dem Staatspräsidenten, oder von Dokumenten, wie etwa Stellungnahmen von der Bischofskonferenz.

Neben den genannten Büchern benutze ich noch eine Vielzahl von Berichten und Analysen anderer Autoren. Darüber hinaus konnte ich dank des „Institutes für Brasilienkunde“ (mit Sitz in Mettingen) auf Dokumente der brasilianischen Bischofskonferenz, Dokumente der Katholischen Nachrichten Agentur (K.N.A.) und weitere Quellen zurückgreifen.

1. Theoretischer Rahmen

1.1 Eingrenzung der Begriffe

1.1.1 Kirche

Die katholische Kirche¹ ist eine auf unbegrenzte Dauer ausgerichtete Organisation. Damit erfüllt sie das Charakteristikum, das allen moralischen Institutionen gemeinsam ist.² Sie verfügt, wie jede Organisation, über eine Hierarchie, in der der Papst, die Kardinäle, die Erzbischöfe und die Bischöfe eine Führungsposition einnehmen.³

Die Kirche kann mittels ihrer Funktion als „ethnische“ Interessenvertretung ihrer Mitglieder direkten oder indirekten politischen Einfluß auf den Staat ausüben, jedoch bestimmt der Staat ihren Handlungsspielraum mit.⁴ Die Kirche ist somit vom Staat abhängig und vice versa.

Die Kirche in Brasilien verfügt seit 1952 mit der brasilianischen Bischofskonferenz, CNBB, über ein zentrales Organ, in dem alle Bischöfe - und damit die gesamte kirchliche Elite - vertreten sind.⁵ Die stets im Anstreben eines Konsenses innerhalb der CNBB verfaßten Stellungnahmen werden als Richtlinien aufgefaßt, weswegen dieses zentrale Organ auch als „Stimme der Kirche“ bezeichnet wird.⁶ Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wird deshalb hier mit dem Verhältnis zwischen CNBB-Führung und Staat nahezu gleichgesetzt.

¹ Im folgenden kurz „Kirche“ genannt.

² Vgl. Klostermann 1976, S. 88.

³ Zur Frage der Organisation in der Kirche siehe Luhmann 1977, S. 273.

⁴ Vgl. Beyme 1987, S. 81.

⁵ Zur Gründung der CNBB (Conferência Nacional dos Bispos do Brasil) siehe Bernal 1989, S. 31ff.

⁶ Vgl. German 1999, S. 137.

Neben der Analyse dieser Quellen prägen auch Stellungnahmen einzelner Würdenträger das Bild der Kirche, sofern sie nicht aus dem kirchlichen Grundkonsens herausfallen. Die wenigen Fälle, in denen dies geschieht, verdeutlichen welche Positionen der CNBB ablehnt, und helfen somit, sozusagen per Ausschlußverfahren, die kirchlichen Standpunkte zu präzisieren.

Bei der Bewertung kirchlicher Aussagen muß differenziert werden, ob sie tatsächliche Gegebenheiten widerspiegeln, oder ob sie auf Außenwirkung abzielen. Diesem Anspruch gerecht zu werden ist möglich, wenn ein breites Quellenspektrum berücksichtigt wird.

1.1.2 Staat

„In der Praxis wird die Institution Präsident mit dem Staat identifiziert“.⁷ Es wäre sicherlich zu einfach, diese These für die Analyse zwischen Kirche und Staat zu benutzen, denn dies hieße ja, das Verhältnis zwischen Kirche und Präsident zu untersuchen.

Es ist jedoch sinnvoll den Aussagen des Präsidenten und anderer Regierungsmitglieder, da sie als politische Führung die Leitlinien des Staates bestimmen, eine gewisse Priorität einzuräumen. Neben den Aussagen der Staatsführung soll der Staat, der als Institution für die Staatsbürger regulierend auftritt, anhand von Gesetzen, Erlassen und Verordnungen analysiert werden.

Die gesetzgebenden und persönlichen Aussagen entsprechen - ebenso wie die Aussagen der Kirche - nicht immer den tatsächlichen Gegebenheiten, und sind dementsprechend mit diesen abzugleichen.

⁷ Vgl. Nohlen 1992, S. 65. Die Aussage bezieht sich auf die lateinamerikanischen Länder und den hier zu untersuchenden Zeitraum.

1.2 Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen den beiden Institutionen kann durch verschiedene Zustände beschrieben werden. In erster Linie müssen für das Verhältnis zwischen Kirche und Staat die Herrschaft des einen über den anderen, die Partnerschaft, die Indifferenz und die Feindschaft genannt werden.⁸

Feindschaft und Herrschaft dürfen zwar in der Regel in einer Demokratie ausgeschlossen werden, in einem autoritären System können sie aber zur Beschreibung und Beurteilung des Verhältnisses beitragen. Zusätzlich kann eine weitere Differenzierung vorgenommen werden: Das Spektrum der vier Zustände soll hier um den der Zusammenarbeit erweitert werden, welcher zwischen dem der Indifferenz und dem der Partnerschaft angesiedelt ist.⁹

Der Wandel, dem das Verhältnis zwischen beiden Institutionen im Zeitverlauf unterworfen ist, wird ursächlich durch interne und externe Faktoren ausgelöst.

Unter internen Faktoren sind etwa personelle Veränderungen zu nennen, wie der Wechsel der CNBB-Führung oder der Staatsführung, und Veränderungen der Ziele und Funktionen der jeweiligen Institution, welche durch Verabschiedung von CNBB-Stellungnahmen oder von staatlichen Verordnungen eintreten können.

⁸ Vgl. Funke 1977, S. 258.

⁹ Zur Diskussion der Begriffe der Zusammenarbeit und Partnerschaft siehe Funke, S. 258 f.

Unter externen Faktoren ist die Umwelt zu verstehen, in welche die beiden Institutionen eingebettet sind. Als externe Faktoren sind etwa die Aussagen des Papstes oder die soziale Situation der brasilianischen Bevölkerung zu nennen.

Bei der Bewertung des Verhältnisses läßt sich der Handlungsspielraum der Institutionen, der als die Menge der einem Handlungssubjekt zur Verfügung stehenden alternativen Handlungsmöglichkeiten bestimmt werden kann, anhand der internen und externen Faktoren fassen.¹⁰ Bei der Analyse soll vor allem der Handlungsspielraum der Kirche berücksichtigt werden, da dieser von Seiten des Staates eingegrenzt werden kann.

¹⁰Vgl. Hucke 1980, S. 55.

2. Historische und analytische Einführung

2.1 Die Kirche und ihr Verhältnis zum Staat in den 50er Jahren

Die Kirche gründete 1952 die CNBB mit dem Ziel, eine stärkere Einheit unter den Bischöfen sowie eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat zu erlangen. Mit der Gründung dieses Zentralorgans entstanden eine Reihe weiterer kirchlicher Institutionen, die sich mit den Problemen der Kirche und der Bevölkerung, als Beispiel seien der Priestermangel und die hohe Analphabetenquote genannt, beschäftigten.¹¹

Als Initiator der CNBB gilt der Weihbischof von Rio de Janeiro, Hélder Câmara¹², da dieser mit der Idee der Gründung eines solchen Organs an den Vatikan herantrat, und dort auf positive Resonanz stieß. Hélder Câmara, der als progressiv einzustufen ist¹³, war bis 1964 als CNBB-Generalsekretär tätig.¹⁴ Das höchste Gremium der CNBB war zunächst die Zentralkommission, die eine Leitungsfunktion übernahm.¹⁵ Die Mitglieder der Zentralkommission wählten den gemäßigten Kardinal von São Paulo, Carlos Carmelo de Vasconcelos Motta¹⁶, zum CNBB-Präsidenten. Neben dieser progressiv-gemäßigten Führungsspitze waren auch konservative Kräfte, welche unter den Bischöfen die größte Gruppe darstellte, im obersten CNBB-Gremium vertreten.

¹¹ Vgl. Gogolok 1999, S. 51 f.

¹² Hélder Câmara (1909-1999) zählt zu den bekanntesten brasilianischen Bischöfen des 20. Jahrhunderts. Sein großes Interesse an der Politik war bereits in den 30er Jahren zu erkennen. So war er kurzzeitig als Regierungsmitglied des Gliedstaates Ceará tätig. Vgl. Gogolok, S. 46 f.

¹³ Die Benutzung von politischen Begriffen, wie erzkonservativ, konservativ, gemäßigt und progressiv erscheint mir für eine politische Analyse sinnvoll. Bei der Verwendung berufe ich mich unter anderem auf die Aussagen Germans, S. 107 ff.

¹⁴ In seiner Zeit als CNBB-Generalsekretär übernahm Hélder Câmara die Führung der CNBB. Vgl. German, S. 159.

¹⁵ Seit 1970 übernahm die neu gegründete Repräsentative Kommission (Comissão Representativa) ihre Funktion. Dazu siehe CNBB (Hrsg.) 1979, S. 13.

¹⁶ Motta (1890-1982) war ebenso wie Hélder Câmara in kirchlichen Organisationen, wie der Katholischen Aktion, aktiv. Nachdem er als Bischof im Erzbistum Diamanta tätig war, wurde er 1944 Erzbischof von São Paulo, einer der wichtigsten Diözesen Brasiliens. Seit 1946 war er Kardinal.

Der Generalsekretär und der Präsident der CNBB repräsentierten die Bischofskonferenz. Sie waren häufige Ansprechpartner der Staatspräsidenten. Diese beiden Führungspersönlichkeiten können als Motor des CNBB bezeichnet werden, da sie oftmals die Diskussionsthemen vorbereiteten und damit aktiv Einfluß auf die Ausrichtung der Kirche nahmen.

Die Bedeutung der CNBB darf in der Zeit vor 1960 nicht überschätzt werden, da sich eine Einheit unter den Bischöfen erst nach einiger Zeit der kollegialen Erfahrung einstellte. Es ist jedoch für die nachfolgende Analyse aufschlußreich, daß die Führungspitze der CNBB von Beginn an mit progressiven Bischöfen besetzt war.

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat war in den 50er Jahren durch enge Zusammenarbeit geprägt. In einigen Bereichen erlangte sie sogar partnerschaftlichen Charakter, und das obwohl die Trennung von Kirche und Staat bereits seit 1890 galt.¹⁷ Die enge Zusammenarbeit war vor allem in der Regierungszeit von Juscelino Kubitschek de Oliveira¹⁸ ausgeprägt. Ein Grund für das freundschaftliche Verhältnis war die gute Beziehung zwischen dem Staatspräsidenten und dem CNBB-Generalsekretär. Ersterer bot Hélder Câmara sogar den Posten des Erziehungsministers an. Die kollegiale Zusammenarbeit ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sowohl der Staat als auch die Kirche in den 50er Jahren die gleichen Interessen verfolgten. So strebten beide Institutionen eine Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes an, vor allem die des ökonomisch besonders schwachen Nordostens.¹⁹ Die Zusammenarbeit konkretisierte sich

¹⁷ Vgl. Prien 1978, S. 550.

¹⁸ Kubitscheks (1902-1976) Amtszeit als Präsident dauerte vom 31. 1. 1956 bis zum 31. 1. 1961. Er gehörte der Sozialdemokratischen Partei an und galt als Symbol für den Fortschritt Brasiliens.

¹⁹ Vgl. PMV 1968, S. 11 ff.

beispielsweise in der Gründung der regionalen Entwicklungsbehörde SUDENE²⁰ im Jahre 1959.²¹

2.2 Phaseneinteilung

Die Analyse beginnt 1960 und endet 1973. Dieser Zeitraum wurde von mir in vier Phasen eingeteilt:

Die erste Phase beginnt 1960 und endet 1964 mit der Machtübernahme des Militärs. Dieser Zeitraum erlaubt es, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in einem demokratischen System zu analysieren.²² Das Anfangsjahr wurde aufgrund unterschiedlicher Aspekte ausgewählt, wobei der Wahlkampf (Präsidentschaftswahl im Oktober) als Schlüsselereignis bewertet werden muß. Denn das Verhalten der Kirche innerhalb dieses politischen Entscheidungsprozesses kann Aufschluß über ihr generelles Verhältnis zum Staat geben. Weitere wichtige politische Themen dieser Phase sind die Forderungen nach sozialen und ökonomischen Reformen sowie die Gefahr des Kommunismus. Die Phase endet im April 1964 zeitgleich mit der Regierungszeit João Goularts.

Die zweite Phase beginnt mit dem Militärputsch und dem damit eingerichteten Militärregime. Sie endet zusammen mit der Präsidentschaft Castelo Brancos im März 1967. Da der Handlungsspielraum der Kirche auf die Politik des Staates in dieser und in den folgenden Phasen eingeschränkt war, konzentriert sich die Analyse nun auf das allgemeine Verhalten beider Institutionen und nicht nur auf einzelne Politikfelder.

²⁰ SUDENE – Superintendência do Desenvolvimento Econômico do Nordeste.

²¹ Vgl. Gogolok, S. 52.

²² Zur Problematik des Wortes Demokratie in Bezug auf Lateinamerika siehe Mols 1989, S. 197-254.

Die dritte Phase beginnt mit der Präsidentschaft Costa e Silvas, und endet mit einer dreiköpfigen Militärjunta im Jahre 1969.²³ Die vierte und zuletzt zu untersuchende Phase umfaßt die Regierungszeit Médicis.²⁴

Auch wenn Historiker, wie German und Prien, eine andere Einteilung der autoritären Phase vorgenommen haben, erscheint mir diese Einteilung für die Fragestellung dieser Arbeit sinnvoll, da das Verhältnis zwischen der Kirche und dem Staat aufgrund der Veränderung der Staatsführung unmittelbar Modifikationen erfuhr.²⁵

²³ Durch eine Krankheit konnte Costa e Silva seine Amtsgeschäfte im Sommer 1969 nicht weiterführen. Die Übergangszeit der dreiköpfigen Militärjunta wird zu dieser Phase hinzugerechnet.

²⁴ Die letzten drei Monate seiner Amtszeit (bis März 1974) werden von mir vernachlässigt.

²⁵ Siehe German. Er unterteilt den Zeitraum in politische Situationen. 1. Der Militärputsch von 1964, 2. Der „Ato Insititutional No.5“ von 1968, 3. Die Jahre der Repression (1969-1975). Siehe Prien 1982. Er teilt den Zeitabschnitt wie folgt ein: 1. Die brasilianische Kirche zwischen Konzil und Medellín (1964-1967), 2. Die brasilianische Kirche in der Ära von Medellín, 3. Der Weg der brasilianischen Kirche bis Puebla (1971-1978).

3. Die Analyse: Kirche und Staat in Brasilien 1960-1973

3.1 Phase 1960-1964

Von der Präsidentschaftswahl bis zum Militärputsch

Das Wahljahr 1960 kann als das Jahr bezeichnet werden, in dem sich die kubanische Revolution, bzw. deren Resultate, festigten.²⁶ Der dadurch geprägte internationale Kontext wirkte sich auch auf die Kirche und den Staat in Brasilien aus, und muß deswegen bei der Analyse als externer Faktor berücksichtigt werden.

Durch den Erfolg Castros trat die Diskussion über soziale und ökonomische Reformen, die der ärmeren Bevölkerung zugute kommen sollten, in Brasilien - genauso wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch - in eine neue Phase ein. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat soll anhand einer näheren Betrachtung dieser Reformdiskussionen analysiert werden.

Kirche und Reformen

Eine kirchliche Gruppe um den Erzbischof von Diamantina, Geraldo de Proença Sigaud, und den Bischof von Campos, Antônio de Castro Mayer, sprach sich 1960, wie auch in den folgenden Jahren, gegen jede Art von Reformen aus, die den Status quo der Machtstrukturen in der brasilianischen Gesellschaft in Frage stellte. Die Unantastbarkeit des Privatbesitzes wurde sowohl von der ländlichen Oberschicht, als auch von dieser kirchlichen Gruppe postuliert.²⁷

²⁶ Vgl. Alves 1979, S. 125.

²⁷ Vgl. Gonzáles 1971, S. 90.

Die Position dieser erzkonservativen kirchlichen Kräfte konnte weiten Teilen der Oberschicht als Legitimation ihrer für sich in Anspruch genommenen Rechte dienen. Die Thesen in dem von beiden erzkonservativen Bischöfen verfaßten Buch mit dem Titel "Die Bodenreform, eine Gewissensfrage"²⁸ führten zu einer breiten öffentlichen Diskussion.²⁹ Die Gründe, die zur Entstehung dieses Buches und auch zur Gründung der "Brasilianischen Gesellschaft zur Verteidigung der Tradition, der Familie und des Eigentums", TFP³⁰, führten, lagen in der Wahrnehmung des Kommunismus als existentielle Bedrohung.³¹

Die offizielle Haltung der CNBB widersprach den Thesen der beiden erzkonservativen Bischöfe, denn die CNBB-Führung begrüßte die Forderung nach sozialen und ökonomischen Reformen. Die Diskussion über die Agrarreform im Kongreß veranlaßte den CNBB-Präsident, Carlos Carmelo Motta, sowie eine Reihe weiterer Bischöfe zu einer "reformfreundlichen" Stellungnahme. In dieser Note sprachen sich die Kirche für den Plan der Bodenreform aus, und rief den Staat dazu auf, unverzüglich mit der Durchführung zu beginnen.³²

Die von Sigaud und Mayer vertretenen Standpunkte befanden sich außerhalb des kirchlichen Konsenses, da die konservativen Bischöfe sich nicht grundsätzlich gegen Reformen aussprachen³³ Die Ursache kann darin gesehen werden, daß vielen Bischöfe bewußt wurde, daß ein Unterlassen jedweder sozialer und ökonomischer Reformvorhaben eine "Kubanisierung" Brasiliens begünstigte.

²⁸ Originaltitel: „Reforma Agrária – Questão de Consciência“.

²⁹ Siehe Antoine 1972, S. 57 f.

³⁰ TFP – Sociedade Brasileira de Defesa da Tradução, Família e Propriedade. Die höchsten kirchlichen Vertreter waren die beiden erzkonservativen Bischöfe.

³¹ Vgl. Eigenmann 1984, S. 69.

³² Vgl. Gonzáles, S. 91.

³³ Die beiden Erzkonservativen distanzieren sich in der folgenden Zeit sogar öffentlich von den offiziellen Positionen der CNBB.

Eine Unterstützung für ihre reformfreundliche Politik erhielt die CNBB-Führung vom Vatikan, was sich auch in der Sozialenzyklika "Mater et Magistra"³⁴ vom Papst Johannes XXIII.³⁵ im Jahre 1961 zeigte.³⁶

Neben der konfliktprovozierenden Haltung der erzkonservativen Bischöfe Mayer und Sigaud kam es 1960 zu einem weiteren internen kirchlichen Konflikt zwischen der Katholischen Universitätsjugend, JUC³⁷, und der CNBB. Der zehnte Nationalkongreß der JUC im Juni 1960 kann dafür als ausschlaggebend angesehen werden.³⁸ Die progressive Laienorganisation befand sich, wie weite Teile der brasilianischen Gesellschaft, im Prozeß einer zunehmenden Politisierung. Die Zusammenarbeit mit nicht-kirchlichen linksgerichteten Organisationen, welche auf dem Nationalkongreß erstmals praktiziert wurde, bildete den Auslöser für den Konflikt.

Die CNBB reagierte ablehnend auf diesen Wandel und in der folgenden Zeit wandte sich eine Vielzahl der Bischöfen von der Laienorganisation ab. Ein Jahr später traten die äußerst linksgerichteten Studenten der JUC aus, um in die neu gegründete politische Organisation der Volksaktion, AP³⁹, einzutreten.⁴⁰

Die CNBB hatte weder für die Positionen der extrem linksgerichteten Studenten, noch für die der Erzkonservativen Verständnis. Der Standpunkt der CNBB lag zwischen diesen konträren Polen. Aus der Sicht eines reformfreundlichen Staates waren die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit daher weiterhin gewährleistet.

³⁴ Zum Inhalt der Enzyklika siehe CNBB 1977, S. 9 ff.

³⁵ Papst Johannes XXIII (1881-1963) wandte sich in seinem Pontifikat den sozialen Problemen des Menschen zu. Er rief das II. Vatikanische Konzil (1962-65) aus.

³⁶ Vgl. Gonzáles, S. 91.

³⁷ JUC – Juventude Universitária Católica

³⁸ Zum zehnten Nationalen Kongreß siehe Alves, S. 125.

³⁹ AP - Ação Popular.

⁴⁰ Vgl. Alves, S. 125.

Staat und Reformen

Der Staat - der Präsident und die Regierung - hatte bereits zum Ende der fünfziger Jahre die Notwendigkeit sozialer und ökonomischer Reformen erkannt. Der kommunistischen Bewegung, die besonders im Nordosten Erfolge verzeichnen konnte, sollte die Basis ihrer Argumentation entzogen werden, die insbesondere in der schlechten Situation der Landbevölkerung gesehen wurde.

Aus diesem Grund wurde zur Verbesserung der Situation des Nordostens die SUDENE gegründet, welche die Kirche unterstützte. Staat und Kirche verfolgten die gleichen Ziele: die Verbesserung der Lebensverhältnisse. Eine Zusammenarbeit war deshalb für beide Seiten von Vorteil.

Kirche und Wahlkampf

Im Januar 1960 hatte die Zentralkommission der CNBB eine Kampagne beschlossen, mittels derer dem Wähler die Standpunkte der Kirche zu den sozialen Problemen des Landes nahe gebracht werden sollten.⁴¹ Die Kirche entwickelte also eigene Konzepte zur Lösung der drängenden Probleme des Landes, und stellte sie der Öffentlichkeit vor.

Auf landesweiten Konferenzen und in den Medien wurden die kirchlichen Standpunkte diskutiert. Die Zeitschrift "Síntese política, econômica e social", die zahlreiche bischöfliche Stellungnahmen veröffentlichte, kam bei der Bewertung des Verhaltens der Kirche zu folgendem Ergebnis:

⁴¹ Vgl. Eigenmann, S. 64. Zum Wahlrecht ist anzumerken, daß nur ein geringer Teil der Bevölkerung an den Wahlen teilnehmen konnte, da Analphabeten nicht wahlberechtigt waren.

Die Kirche begibt sich nicht in die Politik. Sie hat ein klares Bewußtsein über ihre hauptsächlich spirituelle Aufgabe, der Rettung der Seelen. Sie darf sich nicht politischen Parteien gegenüber verpflichten [...].⁴²

Mit Blick auf den Staatspräsidenten heißt es weiter:

Die Kirche schlägt keine Personen vor. Sie weist auf die großen Prinzipien hin, welche die Wahlkriterien inspirieren sollen.⁴³

Was bedeutete diese Haltung für den Staat? Die Kirche nahm im Wahlkampf nicht aktiv für oder gegen Politiker oder Parteien Stellung. Sie bewahrte sich daher ihre Unabhängigkeit gegenüber politischen Institutionen. Das nicht offen ausgesprochene Votum für einen Kandidaten oder eine Partei hatte den Vorteil, daß bei einer Wahlniederlage die Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ausbleiben würden. Die kirchlichen Vorschläge, die etwa in den Konferenzen offengelegt wurden, übten lediglich indirekten politischen Einfluß aus.

Die Kontaktaufnahme zu Politikern oder Parteien war jedoch ein Kennzeichen für direkten politischen Einfluß. Ein Beispiel für diese unmittelbare Einflußnahme ist ein Gespräch zwischen dem Bischof José Tavora und dem Kandidaten für das Präsidentenamt, Jânio da Silva Quadros⁴⁴. In dieser Unterhaltung schlug der Bischof dem Präsidentschaftskandidaten die Gründung einer Bewegung für die

⁴² „A Igreja não entra na política. Tem consciência nítida de sua missão essencialmente espiritual de salvar almas. Não se pode comprometer com facções políticas [...]“ Zitiert aus CPV 1986, Vol.1 ,S. 13.

⁴³ „A Igreja não indigita pessoas. Aponta os grandes princípios que devem inspirar os critérios de escolha.“ Zitiert aus CPV, Vol.1, S. 13.

⁴⁴ Quadros (1918-1978) war Gouverneur des Gliedstaates São Paulo und vertrat einen egoistischen Politikstil.

Verbesserung der Bildung der ländlichen Bevölkerung durch Radioschulen vor.⁴⁵ Dieser von der Kirche vorgetragene Vorschlag wurde nach der gewonnenen Wahl Quadros` umgesetzt. Ein Vertrag zwischen Kirche und Staat hielt die Zusammenarbeit und die Gründung der "Bewegung für die Grundausbildung", MEB⁴⁶, fest.⁴⁷ Die Finanzierung leistete der Staat, die Durchführung und Organisation die Kirche.⁴⁸

Es bleibt festzuhalten, daß die Kirche als moralische Institution ihre eigene Meinung während des Wahlkampfes ohne Einschränkung artikulieren konnte, und dabei keinem staatlichen Druck ausgesetzt war. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat innerhalb des Wahlkampfes kann somit als neutral bezeichnet werden.

Kurze Regierungszeit Quadros`

Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates war, nicht nur wegen der immensen Ausgaben für die 1960 eingeweihte Hauptstadt Brasília, beim Amtseintritt vom neuen Staatspräsidenten Quadros am 31. Januar 1961, weitgehend eingeengt.⁴⁹ Die Politik des neuen Präsidenten war darauf ausgerichtet, durch strukturelle Reformen die wirtschaftliche Situation Brasiliens zu verbessern. Daß seine Reformvorschläge bei weiten Teilen der besitzenden Oberschicht auf Kritik stoßen würde, war ihm bereits zu Beginn seiner Amtszeit bewußt. Denn bereits damals prophezeite er, bis August keinen einzigen Freund mehr zu haben.⁵⁰ Er behielt mit seiner Voraussage recht. Seine Reformen, sei es die Agrarreform, die Bankenreform oder die Universitätsreform, konnte der Staatspräsident nicht verwirklichen, da sich die Kongreßabgeordneten

⁴⁵ Vgl. Bruneau 1974, S. 80.

⁴⁶ MEB – Movimento de Educação de Base.

⁴⁷ Zur Gründung des MEB siehe Antoine 1972, S. 49 ff., Liehr 1988, S. 70 f.

⁴⁸ Vgl. Alves, S. 137.

⁴⁹ Siehe dazu HK 6. 1961, S. 403.

⁵⁰ Vgl. Der Spiegel vom 6. 9. 1961, S. 70.

gegen diese Vorschläge aussprachen. Quadros trat am 25. August 1961, aufgrund des reaktionären Druckes, von seinem Amt als Präsident zurück. Damit verursachte er eine Staatskrise.⁵¹

Kirche und Politik Quadros`

Wie bereits angedeutet, kann die Gründung des MEB als ein Symbol der Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen gedeutet werden. Auch die anderen Reformvorhaben der Regierung wurden vom progressiven Teil der Kirche weitgehend unterstützt. Die Übereinstimmung in diesem Politikbereich wurde auch im persönlichen Verhältnis zwischen dem CNBB-Generalsekretär und dem Staatspräsidenten sichtbar. So versuchte Quadros, wenn auch vergebens, den CNBB-Generalsekretär als Minister für sein Kabinett zu gewinnen.⁵²

Im Gegensatz zum Politikfeld der sozialen und wirtschaftlichen Reformen, stießen in der Außenpolitik die Positionen des Staates und der Kirche konträr aufeinander. Der Staatspräsident verfolgte eine unabhängige Außenpolitik, das heißt er wollte eine neutrale Position zwischen den Ost- und Westblock-Ländern einnehmen. Die Kontakte zu den kommunistischen Staaten, die vor allem den brasilianischen Exportgütern neue Märkte verschaffen sollten, wurden von den konservativen Kräften des Landes mit Argwohn beobachtet. Dies galt auch für die konservativen Bischöfe, die sich gegenüber dieser Annäherung an den Kommunismus verunsichert zeigten. So äußerte sich etwa der Erzbischof von Rio de Janeiro, Kardinal Jaime de Barros

⁵¹ Siehe Der Spiegel vom 6. 9. 1961, S. 72.

⁵² Vgl. Broucker 1971, S. 109.

Câmara⁵³ ,erbost über diese Politik.⁵⁴

Diese beiden Politikfelder verdeutlichen die Doppelschichtigkeit des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Auf der einen Seite befindet sich die Kirche und der Staat in einem Zustand der Zusammenarbeit, und auf der anderen Seite ist die Kirche dem Staat gegenüber kritisch eingestellt. Der Staat ignorierte die Warnungen der Kirche in der Frage der Außenpolitik.

Der Staat unter Goulart

João Goulart⁵⁵ - Vizepräsident unter Quadros - war gemäß Verfassung bei einem Rücktritt des Staatsoberhauptes dessen legitimer Nachfolger. Einflußreiche Militärs versuchten jedoch seine Machtübernahme zu verhindern.⁵⁶ Ein Militärputsch galt zu diesem Zeitpunkt durchaus als mögliches Szenario.⁵⁷ Ein Kompromiß zwischen Militär und Staat, der erhebliche Einschränkungen in der Machtfülle des Staatspräsidenten bedeutete, konnte einen Militärputsch verhindern. Das Militär erzwang somit einen Wechsel des politischen Systems von einer präsidentiellen zu einer parlamentarischen Demokratie, womit der Einfluß des unerwünschten Präsidenten beschnitten wurde.

Der Rücktritt des demokratisch gewählten Präsidenten Quadros, der angesichts eines übermächtigen Kongresses resigniert hatte, sowie der durch das Militär veranlaßte Wechsel des politischen Systems, zeigt,

⁵³ Barros Câmara (1894-1971) ist nicht verwandt mit Hélder Câmara. Kardinal Câmara war unter anderen als Militärbischof für die brasilianischen Streitkräfte tätig. Er war bis 1964 für seinen Weihbischof Hélder Câmara zuständig.

⁵⁴ Der Kardinal sprach sich gegen den geplanten Besuch von Tito aus, und ordnete an, bei Ankunft des jugoslawischen Ministerpräsidenten ununterbrochen die Totenglocken zu läuten. Vgl. HK 9. 1961, S. 404.

⁵⁵ Goulart (1918-1978) gehörte der Arbeiterpartei, PTB, Partido Trabalhista Brasileiro, an. Er hatte bereits in den 50er Jahren hohe Staatsämter inne, so als Minister von Vargas Regierung und als Vizepräsident von Kubitschek.

⁵⁶ Zur Rolle des Militärs in der Politik Brasiliens siehe Thomas 1985.

⁵⁷ Vgl. Dressel 1995, S. 49.

wie instabil der demokratische Staat zu diesem Zeitpunkt war. Goulart gelang es jedoch 1963 durch eine Volksabstimmung, die präsidentielle Demokratie wieder einzuführen.

Die Politik Goularts

Die Diskussion über Reformen und Goularts Außenpolitik sollten auch in seiner Amtszeit das politische Bild der Öffentlichkeit prägen. Er war wie Quadros davon überzeugt, durch Reformen die zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen abzubauen. In der Wirtschaftspolitik verfolgte er, ebenso wie in der Außenpolitik, die Richtlinien seines Vorgängers.

Kirche und Reformen - 1962

Während der Regierungszeit Goularts kam es zu zahlreichen sozial- und wirtschaftspolitischen Stellungnahmen der CNBB. Diese offiziellen Noten der Kirche sollen nun näher erörtert werden, da sie neben den kirchlichen Zielen Auskunft über das Verhältnis zum Staat geben.

Unterstützung erhielten die reformfreundlichen Kräfte, wie bereits erwähnt, durch den Vatikan. So ließ die brasilianische Kirche die Inhalte der Sozialzyklika "Mater et Magistra" in ihre Stellungnahme zur Agrarreform im November 1961 einfließen:

Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe von Brasilien sind sich einig über die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Bodenreform, die dieses Namens würdig ist, die sich für die verschiedenen Regionen eignet.⁵⁸

⁵⁸ Vgl. Gonzáles, S. 91.

Neben der Enzyklika richtete der Papst im November 1961 an alle Bischöfe einen Appell, in dem er die Kirche zur Beachtung von drei wesentlichen Punkten aufforderte:

Erstens legte er der Nationalkirche nahe, einen Pastoralplan aufzustellen, damit der katholische Glaube in Brasilien gestärkt werde. Zweitens ermunterte er die Bischöfe, die Regierenden Brasiliens auf die dringende Notwendigkeit struktureller Reformen hinzuweisen. Drittens ermahnte er die Bischöfe, aktiv an diesen Reformen und der damit verbundenen Verbesserung des Lebensstandards der Massen mitzuwirken.⁵⁹ Der Papst begrüßte also ausdrücklich ein Mitwirken der Kirche an den sozialen Reformen.

Die CNBB reagierte darauf, indem sie am 25. April 1962 fast einstimmig den sogenannten "Dringlichkeitsplan für die Kirche Brasiliens" verabschiedete. Die Bischöfe schrieben die Teilhabe der Kirche an sozioökonomischen und politischen Fragen als einen Leitsatz fest. Des Weiteren wurde die Notwendigkeit einer integralen Förderung der Arbeitermassen und Reformen der gesellschaftlichen Strukturen hervorgehoben. Die Kirche wolle sich in diesen Bereichen engagieren, hieß es weiter. Aus dem Dringlichkeitsplan kann demnach auf eine Unterstützung der MEB, der Errichtung ländlicher Gewerkschaften, der Bauernfronten und einer Koordinierung der Sozialwerke geschlossen werden.⁶⁰

Die Kirche bezog durch diesen Plan öffentlich Stellung zu den Problemen Brasiliens. Sie bot ihre Kooperation an, allerdings wurde eine Zusammenarbeit mit marxistischen Gruppierungen von vornherein ausgeschlossen. Denn neben dem Naturalismus, dem Protestantismus

⁵⁹ Vgl. PMV, S. 54.

⁶⁰ Vgl. PMV, S. 55.

und dem Spiritismus wurde der Marxismus als tödliche Gefahr für die Kirche angesehen.⁶¹

Einschränkend ist anzumerken, daß der Plan von einigen wenigen Mitgliedern der CNBB nicht mitgetragen wurde, und viele Bischöfe einer aktiven Umsetzung wenig zuträglich waren.⁶² Dennoch stand die Kirche in der Frage der Reformen eindeutig auf Seiten der Regierung Goulart, und zeigte sich kooperativ. Der Staatspräsident konnte die Kirche somit als Stütze für seine Reformvorhaben nutzen.

In einer anderen kirchlichen Stellungnahme, vom 14. Juli 1962, bezog die Kirche Stellung zum Staat und forderte das Ende der politischen Instabilität. Diese Forderung stimmte mit der Goularts überein, und ließ die Kirche wie einen moralischen Regierungssprecher erscheinen:

In dieser Botschaft appelliert die Kirche an alle Mächte der Republik, daß sie eine starke, wohl orientierte und organisch begründete Regierung wünscht und fordert; eine Regierung, die in ihren verschiedenen Sektoren koordiniert ist und die harmonisch in ihren vielseitigen Organen ist, so daß sie Respekt und Vertrauen einflößen, die aus dem Recht, dem Gesetz und der Autorität herrühren. Erst dann können wir die sogenannten Basisreformen fordern, die von allen gefordert werden und die von unaufschiebbarer Dringlichkeit sind. Bis dahin sind die besten Gesetzesbücher und die gerechtesten Gesetze von keinem Wert, solange kein Klima der Ehrlichkeit und der Sicherheit von Seiten des Regierenden und der Regierten herrscht.⁶³

⁶¹ Vgl. Antoine, S. 60.

⁶² Vgl. PMV, S. 55.

⁶³ „Nessa *Mensagem* faz-se um veemente apelo a todos os poderes da República, sem distinção, no sentido de corresponderem às esperanças do povo, que deseja e reclama um governo firme, bem-orientado e organicamente estabelecido, coordenado nos seus diferentes setores e harmônico nos seus múltiplos órgãos, de maneira a inspirar o respeito e a confiança, que procedem do direito, da lei e da autoridade. Só então poderemos promover as chamadas reformas de base, reclamadas por todos e de urgência inadiável. Entretanto, de nada valeriam os melhores códigos ou as leis mais justas, sem um clima de honestidade e de segurança por parte dos governantes e governados.“ Zitiert aus CPV , Vol.1, S. 15.

Es bleibt festzuhalten, daß die Kirche die Politik der Regierung Goulart weitgehend unterstützte. Goulart konnte seine Politik auf die Argumentation der Kirche stützen, und war deshalb ebenfalls an einer Zusammenarbeit mit der Kirche interessiert.

Kritik an der Außenpolitik

Innerhalb der CNBB trat die Bedrohung der zunehmend nach links ausgerichteten Politik Goularts immer weiter in den Vordergrund. Bereits 1962 hatte sich Kardinal Câmara im Namen der CNBB unmittelbar an den Staatspräsidenten gewandt, und diesen vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Hauptmacht der kommunistischen Weltrevolution gewarnt. Er tat dies mit dem Hinweis darauf, daß Spionen und Agenten unter dem Deckmantel der diplomatischen Immunität auf diese Weise Tür und Tor für ihre subversiven Tätigkeiten geöffnet würden.⁶⁴

Goulart ließ sich dennoch nicht in der Verfolgung seiner Außenpolitik einschüchtern. Die Kirche reagierte in diesem Politikfeld daraufhin mit der Unterstützung der Opposition und symbolischen Handlungen. So blieb Kardinal Câmara den nationalen Gedenkfeiern für den 1935 bei einem Kommunistenaufstand gefallenen Soldaten demonstrativ fern.⁶⁵

Der Handlungsspielraum der Kirche war zu dieser Zeit groß. Die Kirche war in der Lage unterschiedliche Positionen gegenüber der Regierung einzunehmen, ohne daß diese die Meinung der Kirche einschränken konnte. So äußerte sie sich zur Außenpolitik offen. Die außenpolitischen Interessen der Regierung und der Kirche lagen soweit auseinander, daß sich das Verhältnis in dieser Frage zwangsläufig

⁶⁴ HK 5. 1962, S. 205.

⁶⁵ Vgl. Ebd.

auseinander bewegte. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche war während der Präsidentschaft Goulart, ebenso wie während der Quadros, doppelschichtig.

CNBB-Erklärung zur Enzyklika „Pacem in Terris“ - 1963

Die Diskussionen um die vermehrt kommunistische Tendenzen aufweisende Politik des Staatspräsidenten machte es für die Kirche zunehmend schwer, ihre internen Differenzen weiter vor der Öffentlichkeit zu verbergen. So sprach sich in der Öffentlichkeit nur der Kardinal von São Paulo, Vasconselhos Motta für eine Bodenreform aus, während sich die Kardinäle von Rio de Janeiro und Bahia gegen die von Goulart geplante Reform äußerten. Insgesamt vertraten die Mitglieder der kirchlichen Hierarchie sehr unterschiedliche Auffassungen.⁶⁶ Erkennbar wurde dies auch im Wahlergebnis über die Verabschiedung der CNBB-Erklärung zur Sozialenzyklika „Pacem in Terris“, welches knapp ausfiel.⁶⁷

Das Verhältnis zwischen Staatsregierung und Kirche in der Frage der Reformen kann anhand dieser CNBB-Erklärung vom 30. Mai 1963 deshalb nur beurteilt werden, wenn man berücksichtigt, daß es nur eine knappe Mehrheit für die Stellungnahme gab. In der Erklärung zeigt sich, daß die Interessen der beiden CNBB-Führungspersönlichkeiten, Motta und Hélder Câmara, bezüglich der Reformen mit dem Staat übereinstimmten, und ein Verhältnis der Zusammenarbeit gewünscht war. Die Kirche hatte zwar schon vorher für eine Agrarreform ihre Stimme erhoben, in dieser Erklärung wurden jedoch weitergehende Veränderungen gefordert. So befürwortete die Kirche erstmals auch Landenteignungen, die aus sozialem Interesse legitimiert sind; aber auch auf anderen Ebenen forderte die Kirche soziale Reformen, und

⁶⁶ Vgl. Gonzáles, S. 93.

⁶⁷ Ebd.

begründete diese mit ihren moralischen Vorstellungen und der Sozialenzyklika „Pacem in Terris“.⁶⁸

Die Volksmassen nehmen am Prozess der Entwicklung Brasiliens nicht teil, denn das Elend besteht weiterhin, genauso wie die erschreckenden Ziffern der vorzeitigen Sterblichkeit...Kein Mensch kann sich vorstellen, dass die Ordnung in der wir leben, jene Ordnung sei, welche die neue Enzyklika als unerschütterliches Fundament des Friedens proklamiert.⁶⁹

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Kirche, zumindest nach außen, auch im Jahre 1963 eine unterstützende und legitimierende Funktion in der Frage der Reformen einnahm. In der CNBB-Führung war die Polarisierung zwischen den Befürwortern von Reformen, der Gruppe um Hélder Câmara, und den auf die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes hinweisenden Bischöfen stärker geworden. So kam es auch zwischen dem Kardinal Câmara und dem Weihbischof Hélder Câmara zu erheblichen Differenzen.⁷⁰ In der CNBB konnten sich aber die progressiven Kräfte weiterhin durchsetzen.⁷¹ Durch diese Uneinigkeit konnte die Kirche von der Regierung wie auch von der Opposition als Legitimationsstütze genutzt werden.

Sturz der Regierung Goulart

1963 mußte Goulart feststellen, daß aus dem Kongress keine Zustimmung für seine Reformvorschläge kommen würde. In Kundgebungen, bei denen er sich über seine Reformvorhaben in zunehmend radikaler Weise äußerte, suchte er nun die unmittelbare Zustimmung der Bevölkerung. Das Ergebnis dieser populistischen

⁶⁸ Siehe Gogolok, S.57.

⁶⁹ Gogolok, S. 57.

⁷⁰ Vgl. Eigenmann, S. 92 f.

⁷¹ Ebd., S. 94.

Maßnahmen war eine Radikalisierung der Gegner, sowie der Befürworter des Staatspräsidenten. Im März 1964 spitzte sich die Situation weiter zu. Ein Putsch wurde immer wahrscheinlicher, wobei unklar war, ob eher die Linke oder die Rechte einen Staatsstreich erwarten ließ.⁷²

Verhalten der Kirche

Die konservative Mehrheit der Bischöfe dürfte wohlwollend beobachtet haben, daß durch die Radikalisierung auch die konservativen Kräfte gestärkt wurden, so auch in den katholischen Laienorganisationen. Mit Andachten und Rosenkranzgebeten versuchten diese Gruppen der städtischen Oberschicht die kommunistische Gefahr zu bannen. Zudem erhielten sie finanzielle Unterstützung aus den USA, was einer Begeisterung der Massen für ihre Zwecke sicher förderlich sein konnte. Auch die konservativen Kardinäle kritisierten ihrerseits offen die Regierung, wobei der Hauptstreitpunkt die Frage der Enteignungen war. So hatte sich unter anderem der Kardinal Câmara im Januar 1964 dagegen ausgesprochen.⁷³

Im folgenden und insbesondere im März 1964 verstärkten sich die Proteste gegen die kommunistische Gefahr, und es kam zu Massendemonstrationen. Der CNBB-Präsident Kardinal Motta sprach ein Teilnahmeverbot an seine Priester aus, während Kardinal Câmara die Teilnahme an diesen Demonstrationen begrüßte.⁷⁴

Aber auch die Regierung mobilisierte ihre Anhänger. So kündigte der Staatspräsident am 13. April 1964 vor circa 150.000 Anhängern vor laufenden Fernsehkameras in Rio de Janeiro die Unterzeichnung von

⁷² Vgl. Dressel, S. 78.

⁷³ Vgl. Gonzales, S. 80 f.

⁷⁴ Vgl. Prien 1981, S. 151 f.

zwei Gesetzen an. Es sollten die in Privatbesitz befindlichen Ölraffinerien, sowie bestimmte Landflächen enteignet werden.⁷⁵ Seine Rede war mit kirchlichen Zitaten gespickt, so verwies er etwa auf die vor einem Jahr verabschiedete Erklärung der CNBB, und gebrauchte die gleichen Worte wie CNBB-Generalsekretär Hélder Câmara:

Die Reichen in Lateinamerika reden viel von Basis-Reformen, aber sie nennen diejenigen, die entschlossen sind, sie durchzuführen, Kommunisten. Der Egoismus vieler Reicher und ihre Blindheit sind ein weit schwereres und dringenderes Problem sogar als der Kommunismus.⁷⁶

Der Generalsekretär und der Präsident der CNBB warnten den Staatspräsidenten vergebens, Opfer eines rechten Staatsstreiches zu werden. Goulart ignorierte ihre Mahnungen, mehr noch, er instrumentalisierte die beiden CNBB-Führungspersönlichkeiten für seine Sache. So ließ er ein gemeinsames Foto veröffentlichen, welches unter dem Diktum strikt privater Verwendung entstand war.⁷⁷

Die Reaktion der Gegner Goularts auf die Veranstaltung am 13. April 1964 folgte nur sechs Tage später. Mit einer halben Million Teilnehmern, darunter zahlreiche konservative Geistliche, kam es in São Paulo zur größten Demonstration unter dem Titel „Marsch der Familie für Gott und Freiheit“.⁷⁸

Unterdessen nahm die Kritik des Kardinals Câmara immer deutlichere Konturen an. So äußerte er sich in einer Rundfunckerklärung – acht Tage vor dem Sturz – wie folgt:

⁷⁵ Vgl. Couto, S. 43 f.

⁷⁶ Faber 1970, S. 111.

⁷⁷ Vgl. Broucker 1977, S. 229.

⁷⁸ Vgl. Alves, S. 112.

Jeder Tag kann den Umsturz bringen. In den höchsten staatlichen Stellen sitzen die revolutionären Drahtzieher. Und wenn diese Mächte die Gewalt in die Hände bekommen, werden die Priester und die katholischen Führer ermordet, die Kirchen angezündet, die Klöster ausgeraubt werden ... Unter den Augen einer willfährigen Regierung verfolgt der Kommunismus mit eiserner Logik seine Ziele zum Schaden unseres Volkes, das sich nicht zu verteidigen weiß. Geschieht doch alles unter einer Obrigkeit, die seine Rechte schützen müßte. Und diejenigen, die am meisten verpflichtet wären, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, benehmen sich, als sei schon alles verloren. In den höchsten politischen Kreisen finden die Warnungen der Bischöfe keinen Widerhall mehr, obgleich das Volk angesichts der nahenden roten Sturzwelle in Ängsten lebt.⁷⁹

Die CNBB-Führung verhielt sich passiv, sie gab in der politisch angespannten Lage keine Stellungnahme ab.⁸⁰

Kurz vor dem Sturz stand somit das feindliche Verhältnis, welches in der Außenpolitik begründet war, im Vordergrund. Die CNBB-Führung konnte auch deshalb ihre Zusammenarbeit mit der Regierung nicht aufrechterhalten, weil die geplanten Maßnahmen des Staates, besonders nach dem 13. März 1964, zunehmend gegen ihre Interessen verstießen. Die mehr und mehr angespannte politische Lage kulminierte in der Nacht zum 1. April 1964 im Staatsstreich des Militärs.

⁷⁹ HK 8. 1965, S. 371.

⁸⁰ Der Grund dürfte in der tiefen Spaltung innerhalb der CNBB liegen. Alves spricht von zwei Tendenzen in der CNBB. Einmal gibt es die „Partei der Ordnung“, mit dem Kardinal Câmara als geistigen Führer. In dieser Gruppe wird die „Ordnung“ als Grundlage ihres Wertessystems angesehen. Die andere Tendenz ist die „Partei der Nächstenliebe“, mit dem CNBB-Präsidenten Motta und dem CNBB-Generalsekretär Hélder Câmara als Anführer. Sie sehen in der „Nächstenliebe“ ihre Grundlage für soziale Entscheidungen. Vgl. Antoine 1972, S. 65, zitiert nach Alves, Hermano in Folha de São Paulo vom Februar 1964 unter dem Titel „Die Katholiken und die brasilianische Krise“.

3.2 Phase 1964-1967⁸¹

Die Regierungszeit Castelo Brancos

Veränderungen des Staates

Im Gegensatz zur vorherigen demokratischen Phase, wurden hier von Beginn an weite Teile der Grundrechte außer Kraft gesetzt. Oppositionelle Positionen sollten nicht geduldet werden. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat kann in dieser Phase nur bewertet werden, wenn dieses antidemokratische Moment berücksichtigt wird. Im Gegensatz zur ersten Phase soll also das Verhältnis zwischen den beiden Institutionen nicht anhand der Politikfelder Außenpolitik und soziale Reformvorhaben analysiert werden, da diese nicht weiter im Zentrum der Politik der neuen Regierung standen. Es wird sich vielmehr als sinnvoll erweisen, das Augenmerk generell auf Interaktionen zwischen Kirche und Staat zu lenken.

Nach dem Sieg der Militärs wurde am 9. April 1964 der erste Institutionelle Akt⁸² (AI-1) von den Juntamitgliedern Costa e Silva, Rademaker und Correia de Melo unterzeichnet, in dem die Ziele der Militärs festgeschrieben wurden.

Der Institutionelle Akt ... ist dazu bestimmt, der neueinzusetzenden sic! Regierung die unerläßlichen Mittel zu garantieren, die bei der Aufgabe der wirtschaftlichen, finanziellen,

⁸¹ Detaillierte Informationen zum historischen Kontext der Militärdiktatur sind in Skidmore 1988 und in Couto 1999 zu finden.

⁸² Institutioneller Akt – Ato Institucional. Der AI-1 stellt de facto den Beginn der Diktatur dar. Vgl. Couto 1999, S. 60.

politischen und moralischen Restrukturierung Brasiliens notwendig sind, um, auf direkte oder indirekte Weise, die schweren und dringenden Probleme, von denen die Wiederherstellung der inneren Ordnung und des internationalen Prestiges unseres Vaterlandes abhängen, in Angriff zu nehmen. Es ist erforderlich, daß die siegreiche Revolution sich institutionalisiert.⁸³

Innere Ordnung war das zentrale Thema der neuen Regierung. Die Doktrin der „Nationalen Sicherheit“ wurde an der Höheren Militärhochschule gelehrt; sie sollte die Politik der folgenden Jahre bestimmen.⁸⁴ Der Staat sah jetzt in der Kirche lediglich eine moralische Institution, welche sich auf ihre geistlichen Aufgaben zu konzentrieren habe, sich also nicht in die Belange des Staates einmischen solle. Eine Instrumentalisierung der Kirche zu Legitimationszwecken schloß die Doktrin allerdings nicht aus.

Neben der Wiederherstellung der inneren Ordnung wurde im Institutionellen Akt Nr.1 die indirekte Wahl des Staatspräsidenten am 11. April 1964, die Kassation von Parlamentsmandaten und die Suspension politischer Rechte dekretiert sowie der Ausnahmezustand ausgerufen.⁸⁵

Nachdem der Kongreß „gesäubert“ und Marschall Humberto Alencar Castelo Branco⁸⁶ Staatspräsident geworden war, begann die Militärregierung massiv mit der Verfolgung von Oppositionellen. Diese repressive Politik sollte den unbedingten Herrschaftsanspruch des Militärregimes unterstreichen, und die Opposition verstummen lassen. Verfolgt wurden vornehmlich als subversiv eingestufte Oppositionelle,

⁸³ Vgl. Dressel, S. 90.

⁸⁴ Vgl. Liehr 1988, S. 47.

⁸⁵ Siehe dazu Dressel, S. 91.

⁸⁶ Castelo Branco (1900-1967) hatte vor seinem Amt als Präsident (11. 4. 1964 bis 15. 3. 1967) innerhalb des Heeres nahezu alle wichtigen Posten durchlaufen.

wozu Politiker, Wissenschaftler, Studenten und auch dem progressiven Flügel angehörende Mitglieder der Kirche zählten.⁸⁷

Reaktionen der Kirche

Die ersten Reaktionen der Kirche auf den Sturz Goularts waren überwiegend positiv, sogar der progressive Flügel verhielt sich neutral. Die konservative CNBB-Gruppe um Kardinal Câmara sah, daß durch die Machtübernahme des Militärs die Gefahr einer kommunistischen Revolution vorerst gebannt war.

Zu Beginn verhielt sich Hélder Câmara gegenüber den neuen Machthabern abwartend. Dafür spricht auch das vertrauliche Gespräch zwischen Hélder Câmara, Bischof Sales und dem designierten Staatspräsidenten Castelo Branco. In diesem Gespräch warnten die beiden Geistlichen den Marschall zwar vor willkürlichen Übergriffen, Ungerechtigkeiten und Gewalttätigkeiten der ihm unterstellten Streitkräfte, anscheinend aber führte die Unterhaltung zu keinen wesentlichen Differenzen. Denn kurze Zeit später wurde Hélder Câmara, in Begleitung des von Castelo Branco eingesetzten Gouverneurs von Pernambuco, feierlich in das Amt des Erzbischofs von Recife und Olinda eingeführt.⁸⁸

Angesichts der Euphorie der konservativen Bischöfe und der neutralen Haltung der progressiven Bischöfe schien eine Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat wahrscheinlich. Dies legt auch eine

⁸⁷ Vgl. Gonzáles, S. 96f.

⁸⁸ Gogolok, S. 57f.

Verlautbarung des Verteidigungsministers Artur da Costa e Silva⁸⁹ vom 12. April 1964 nahe:

Die Sozialdoktrin der Revolution stimmt mit der Sozialdoktrin der Kirche überein. Die Revolution nimmt Anteil an den Begehren der sozialen Gerechtigkeit des Volkes.⁹⁰

Erste Stellungnahme der Kirche nach dem Sturz

Die Metropoliten⁹¹ verabschiedeten auf einer außerordentlichen Vollversammlung anlässlich der Ereignisse im April und Mai 1964 ein Dokument, in welchem dem Militär in blumigen Worten gedankt wurde:

Von einem Ende des Vaterlandes bis zum anderen strömen die Herzen vom selben Gefühl der Dankbarkeit zu Gott über wegen des unblutigen Erfolgs einer bewaffneten Revolution. Beim Dank an Gott, der das Gebet von Millionen von Brasilianern erhörte und uns von der kommunistischen Gefahr befreite, danken wir den Militärs, die sich im Namen der höchsten Interessen der Nation unter schwerem Risiko ihres Lebens erhoben und sind allen dankbar, die herbeikamen, um sie vom drohenden Abgrund zu befreien. Wie die qualifiziertesten ihrer Führer behaupten, sollte die Revolution das Land dem Kommunismus entreißen und Gerechtigkeit, Recht und gesunden Menschenverstand zur Geltung bringen.⁹²

Hiermit wird auch die Wichtigkeit der „Märsche der Familie mit Gott für Freiheit“ betont. Andererseits aber warnte die Kirche das Militär vor Machtmißbrauch und davor, ungerechtfertigte und pauschale

⁸⁹ Marschall Costa e Silva (1902-1969) war später Staatspräsident, (15. 3. 1967 bis 7. 9. 1969).

⁹⁰ „A doutrina social da revolução coincide com a doutrina social da Igreja. A revolução participa dos desejos da justiça social do povo“. Zitiert aus CPV, Vol.1, S. 26.

⁹¹ An dem Treffen nahmen die Erzbischöfe, darunter auch die beiden Kardinäle Motta und Câmara, sowie einige Bischöfe und Administratoren teil. Vgl. Prien 1982, S. 150.

⁹² Ebd. S. 151. Original der Stellungnahme in PT Nr.6 / 1968, S. 160-162.

Behauptungen über sie zu verbreiten. Sie wies Anschuldigungen zurück, die mehrere ihrer Bischöfe, Priester, Laien oder Organisationen als kommunistisch brandmarkte. Der Wunsch nach der Wiederherstellung einer Ordnung auf christlicher und demokratischer Grundlage wurde betont. Gleichzeitig versuchte die Kirche eine kooperative Grundhaltung zu unterstreichen.

Die Danksagung im ersten Teil des Dokuments legitimierte den Staatsstreich und die Militärregierung, ein Umstand, den diese für sich nutzen sollte. In diese Argumentationslinie reiht sich auch das Kooperationsangebot der Kirche am Ende der Stellungnahme ein. Unter Ausblendung des mittleren Teils des Dokuments, ergibt sich für den Staat somit die Möglichkeit, einen Beleg ausgezeichneter Beziehungen zwischen weltlichen und geistlichen Machthabern in Brasilien vorzuweisen.

Der Staat sollte mit seiner Interpretation des Dokuments nicht unrecht behalten, denn die Kirche zeigte sich bald mit der Herrschaftssituation und dem Status quo zufrieden, zudem rückte sie von den Forderungen nach sozialen Reformen ab. Die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit beider Institutionen war somit weiterhin gegeben.

Bewertet man das Dokument vor dem Hintergrund des zweiten Vatikanischen Konzils, 1962-65, und den päpstlichen Stellungnahmen, so fällt auf, daß die brasilianische Kirche vom vorgezeichneten Kurs abwich. Denn in der Enzyklika „Pacem in Terris“⁹³ betonte Papst Johannes XXIII. die Bedeutung der Freiheit für eine demokratische Staatsform. Er unterstrich, daß die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Menschen ein Zentralanliegen christlicher Lebenspraxis sein müsse. Die Kirche Brasiliens aber begriff sich zunehmend als rein dem geistigen Wohl ihrer Mitglieder verantwortlich. Sie stellte sich nicht

⁹³ Deutsche Ausgabe siehe Pahl-Rugenstein (Hrsg.) 1966.

den Forderungen des Papstes und des Konzils, die Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Erdenleben zu unterstützen und voranzutreiben.

Personelle Veränderungen in der Bischofskonferenz

Die personellen Veränderungen innerhalb der CNBB-Führung im Oktober 1964 können als eine Anpassung an die politische Lage verstanden werden. Die freundschaftlichen Verbindungen zwischen dem ehemaligen Staatspräsident Goulart und der CNBB-Führungsspitze können dabei als Hauptgrund für den Wechsel angesehen werden. CNBB-Präsident Motta war bereits im April 1964 von seinem Amt zurückgetreten, und vom Vatikan von der Industriemetropole São Paulo in die weitaus unbedeutendere Erzdiözese Aparecida versetzt worden. Das übrige CNBB-Präsidium wurde bei der Vollversammlung im Oktober 1964 nicht wiedergewählt. Dies bedeutete ein Erfolg für die Reformgegner.

Die neu gewählte Führungsspitze, darunter Bischof Agnelo Rossi⁹⁴, der sowohl innerhalb der CNBB als auch in São Paulo Mottas Position einnahm, war noch unerfahren in der Arbeit eines Führungsorgans.⁹⁵ Der CNBB wurde dadurch geschwächt. Mit dieser regierungsfreundlichen CNBB-Führung war auch auf personeller Ebene die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat geschaffen.

Zu dem naheliegenden Verdacht, der Staat habe auf die Kirche bei der Wahl zum CNBB-Präsidium finanziellen oder politischen Druck ausgeübt, gibt es in den vorliegenden Quellen keine Belege. Außer

⁹⁴ Rossi (1913-1995) war von 1962 bis 1964 Erzbischof von Ribeirão Preto und wurde 1965 zum Kardinal ernannt.

⁹⁵ Vgl. Prien 1981, S. 152.

Frage steht jedoch, daß mit dem Führungswechsel in der CNBB ein Kurswechsel einherging. Die Kirche richtete von nun an ihr Augenmerk auf spirituelle Aufgaben. Von einer Hinwendung zu sozialen Fragestellungen, wie der Vatikan sie forderte, wich sie dadurch weiter ab. Der Staat hingegen konnte mit den personellen Veränderungen und dem daraus resultierenden Kurswechsel zufrieden sein. Ein gutes Verhältnis zwischen beiden Institutionen war somit gewährleistet.

Strukturelle Veränderungen innerhalb der Kirche

Neben der personellen Erneuerung innerhalb der CNBB folgten im Jahr 1965 strukturelle Reformen.⁹⁶ So wurden 14 regionale Kommissionen eingerichtet. Es sollte sich zeigen, daß dies nur der Beginn eines Prozesses der Dezentralisierung war. Auf diese Weise konnte eine Spaltung der CNBB zwischen Befürwortern und Gegnern der neuen Regierung nach außen deutlich sichtbar werden. So kristallisierten sich der Erzbischof Hélder Câmara und der konservative Kardinal Scherer als die Führungspersönlichkeiten der beiden konfligierenden Gruppen innerhalb der Kirche heraus.⁹⁷

Eine weitere Auswirkung dieser strukturellen Veränderungen zeigte sich auch in der Organisation der Laiengruppen. So wurde der linksgerichteten Organisation „Katholische Aktion“, A.C.⁹⁸, ihre nationale Struktur genommen. Eine leichtere Kontrolle durch die jeweiligen regionalen Würdenträger sollte eine weitgehende Entpolitisierung dieser Laiengruppe bewirken.⁹⁹ Die Abwendung der CNBB von ihren sozialkritischen Organisationen ist ein weiteres Indiz für die Kursänderung der Kirche. Dies unterstrich den Willen der Kirche, mit dem Staat zusammen zuarbeiten.

⁹⁶ Zu den Reformen und Strukturen siehe CNBB 1966.

⁹⁷ Vgl. Schneider 1971, S. 234.

⁹⁸ A.C. - Ação Católica.

⁹⁹ Vgl. Alves, S. 132f.

Erste Spannungen - 1965

In der folgenden Zeit prägte die Zusammenarbeit das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Kritische Äußerungen des progressiven Flügels blieben jedoch nicht aus. Diese sozialkritischen Töne waren aber zu diesem Zeitpunkt Außenseiterpositionen. Das gute Verhältnis der beiden Institutionen wurde deshalb auch nicht weiter gestört, wengleich die vereinzelte Kritik doch zu spürbaren Spannungen führte.

So prangerte Hélder Câmara in einer Rede, anlässlich der Einweihung eines Priesterseminars in Recife, in Anwesenheit des Militärs die soziale Lage der Menschen an und verglich Brasilien mit einem Entwicklungsland. Er verwies auf die sozialen Unterschiede innerhalb des Landes, die sich besonders in den entwickelten Süden und unterentwickelten Nordosten zeigen. Ebenso wies er auf den Mißbrauch von Macht und Besitz hin.¹⁰⁰ Die Rede stieß bei der Regierung auf Unverständnis und die konservative Presse kritisierte sie vehement.¹⁰¹

Als zweites Beispiel können Äußerungen des Bischofs Jorge Marcos angeführt werden.¹⁰² In einem offenen Brief an den Staatspräsidenten beschuldigte er die Regierung, der Hauptgrund für die hohe Arbeitslosigkeit in São Paulo zu sein. Der CNBB-Präsident Agnelo Rossi konnte jedoch durch vermittelnde Tätigkeit das Ausbrechen eines Konfliktes abwenden.

¹⁰⁰ Zum Inhalt der ganzen Rede siehe Eigenmann, S. 119 ff.

¹⁰¹ Vgl. HK11 1965, S. 110.

¹⁰² Zum Konflikt siehe Dussel 1988, S. 238.

Diese beiden Beispiele zeigen, daß es in dieser Zeit zwischen Staat und Kirche keine ernsthaften Differenzen gab, wenngleich es der Kirche nicht vollständig gelang, einzelne kritische Stimmen in ihren Reihen zu unterbinden. Die Retrospektive aber zeigt, daß diese regierungskritischen Positionen die latente Anlage eines erst später ausbrechenden Konfliktes sein sollten.

Der zweite Institutionelle Akt – AI-2

Die anfängliche Euphorie darüber, daß die kommunistische Gefahr abgewendet werden konnte, wich mit den Unterdrückungsmaßnahmen des Staates. Das Ausbleiben eines erkennbaren wirtschaftlichen Aufschwungs und die daraus resultierende Verärgerung über die Militärregierung machten sich in den Wahlergebnissen der Gliedstaaten bemerkbar. Um diesem Abwärtstrend entgegenzuwirken, beschloß die Regierung am 27. Oktober 1965 den AI-2 in Kraft zu setzen. Dieser Institutionelle Akt beinhaltete die Beschneidung verfassungsmäßiger Garantien. So gab er die Erlaubnis einer Intervention der Zentralregierung in die Belange der Gliedstaaten und Munizipien, schaffte die direkte Wahl des Staatspräsidenten ab und installierte ein Zweiparteiensystem, welches den Schein der Demokratie wahren sollte.¹⁰³

Das Ziel dieser Umstrukturierung war der Machterhalt bei Aufrechterhaltung einer demokratischen Fassade. Der AI-2 bereitete den Weg für eine noch weitergehende Institutionalisierung der Zentralmacht. Dies bedeutete für die Kirche, genauso wie für andere Organisationen auch, eine Einschränkung ihres Handlungsspielraums.

¹⁰³ Zum AI-2 siehe Couto, S. 71 f.

Die CNBB-Führung äußerte sich jedoch nicht kritisch über den AI-2. Die Haltung der Kirche kann beispielhaft anhand von Äußerungen des CNBB-Präsidenten Rossis erörtert werden.¹⁰⁴ Hier ist zu erkennen, daß Kardinal Rossi sich derselben Argumentation bediente, wie Castelo Branco dies in seinen Begründungen zum AI-2 tat.¹⁰⁵ Diese Einigkeit zwischen Kirche und Staat wird auch in der symbolischen Geste der Dankgottesdienste für das Militär am 1. April anlässlich des Jahrestages des Staatsstreichs deutlich.¹⁰⁶

Deutliche Kritik an diesen Feierlichkeiten übte lediglich der Erzbischof Hélder Câmara, was Diffamierungen seiner Person durch den Staat zur Folge hatte.

Konflikte zwischen progressiven Kräften und dem Staat

Die im Jahr zuvor verabschiedeten strukturellen Veränderungen innerhalb der CNBB zeigten 1966 weitere Auswirkungen. Die unterschiedlichen Positionen kristallisierten sich nun immer weiter heraus. Die Gruppe um Hélder Câmara äußerte sich nunmehr immer deutlicher in der regionalen CNBB-Kommission Nordost II.

Die Kirche des Nordostens entfernte sich von den regierungsfreundlichen Positionen der CNBB-Führung, und stellte in einem Aufruf an den Staat fest, daß „sie auf der Seite derjenigen bleiben wird, die Opfer des Hungers und des Elends sind“.¹⁰⁷ In diesen Einschätzungen konnten sie sich der Unterstützung des Vatikans sicher sein.

¹⁰⁴ Vgl. Antoine, S. 77.

¹⁰⁵ Vgl. Dressel, S. 108.

¹⁰⁶ Vgl. Antoine, S. 77.

¹⁰⁷ Vgl. Der Spiegel vom 3. 10. 1966, S. 145.

Dieser Aufruf der Bischöfe des Nordostens vom 14. Juli 1966 hatte soviel Konfliktpotential, daß der Staat erstmals zum Mittel der Zensur einer kirchlichen Note griff. Nachdem diese Zensur aufgehoben war, kam es zu einer öffentlichen Diskussion des Aufrufs, welche das Ansehen der Regierung auf nationaler Ebene beschädigte.

Kurze Zeit später sorgte ein Rundschreiben des Generals Itibiére Gouveia do Amaral für weitere Spannungen. In diesem Schreiben wurde Hélder Câmara vorgeworfen, mit kommunistischen Elementen zusammen zuarbeiten. Der Staatspräsident wirkte in diesem Fall konfliktmildernd, indem er in Recife mit Hélder Câmara zusammentraf und die Versetzung des Generals veranlaßte.¹⁰⁸

Dies zeigt, wie wichtig es dem Staatspräsidenten war, zur Kirche als Ganzes ein möglichst gutes Verhältnis zu wahren. Hélder Câmara war also offensichtlich aus der Sicht des Staates kein unbedeutender Außenseiter, sondern vielmehr eine Autoritätsperson der Kirche des Nordostens. Cámaras Beliebtheit in der Bevölkerung machte ein gutes Verhältnis zu diesem Erzbischof auch aus politischen Erwägungen erforderlich. Denn Castelo Branco standen die „Wahlen“ zum Kongreß und zum Präsidentenamt bevor. Zudem sollte die Verabschiedung der in Planung befindlichen neuen Verfassung nicht durch Unruhen in der Bevölkerung erschwert werden.¹⁰⁹

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ist somit, trotz der vereinzelt Streitpunkte, als kooperativ zu charakterisieren.

¹⁰⁸ Vgl. Broucker 1971, S. 99f.

¹⁰⁹ Vgl. Spiegel 3.10.1966, S. 145f.

3.3 Phase 1967-1969

Die Regierungszeit Costa e Silvas

Der neue Staatspräsident Marschall Costa e Silva und seine Regierung verfügten dank der neuen Verfassung und der zahlreichen Verordnungen aus der Regierungszeit seines Vorgängers beim Beginn ihrer Amtszeit über weitreichende Machtbefugnisse.¹¹⁰

Diese Macht baute die Regierung während ihrer gesamten Amtszeit durch Dekrete und Notstandsgesetze weiter aus. Es ist somit ein Prozeß der Institutionalisierung der Militärherrschaft erkennbar, in dem die Rechte der Staatsbürger immer weiter eingeschränkt wurden.

Marschall Costa e Silva galt bei seinem Amtsantritt in Kirchenkreisen als Garant für eine weitere Zusammenarbeit. So stattete er vor seinem offiziellen Amtsantritt dem Papst Paul VI.¹¹¹ einen Besuch ab.¹¹²

Sozialenzyklika „Populorum Progressio“ und Reaktionen

¹¹⁰ Vgl. HK 5. 1971, S. 227.

¹¹¹ Papst Paul VI. (1897-1978) wurde bereits 1963 zum Papst gewählt. Er setzte die soziale Richtung seines Vorgängers fort. Paul VI. besuchte als erster Papst Lateinamerika.

¹¹² Vgl. Broucker 1971, S. 99.

Als die Sozialenzyklika "Populorum Progressio"¹¹³ zwei Wochen nach dem Amtseintritt Costa e Silvas erschien, sandte der Staatspräsident dem Papst ein Glückwunschtelegramm.¹¹⁴ Der Präsident begrüßte vor allem die in der Sozialenzyklika formulierte Kritik an der Ersten Welt, welche wenig zur Minderung der strukturellen Abhängigkeit der Dritten Welt beitrage. Der Papst kritisierte aber auch die Strukturen innerhalb der Entwicklungsländer, welche ursächlich in den autoritären Regimen bedingt seien. Auf diese Äußerungen konnte Kritik der Staatsregierung und konservativer Kreise nicht ausbleiben.¹¹⁵

Hélder Câmaras Position wurde durch diese Enzyklika gestärkt. So war er es auch, der im August 1967 mit Bischöfen der Dritten Welt eine Stellungnahme verfaßte¹¹⁶, in der die in der Enzyklika artikulierten sozialen und wirtschaftlichen Probleme präziser gefaßt wurden. Für den brasilianischen Staat war zunehmend eine erstarkende innerkirchliche Opposition erkennbar.

Kirche und gesellschaftliche Konflikte

Die Konflikte zwischen Kirche und Staat bezüglich sozialökonomischer Fragestellungen gewannen in der folgenden Zeit an Bedeutung, und das Verhältnis der beiden Institutionen veränderte sich nachhaltig.

Der verbotene Studentenkongreß - 1967

Bei einer von Studenten organisierten Veranstaltung ging es um die soziale und wirtschaftliche Situation. Die Versammlung war vom Staat verboten worden, da die von ihnen als subversiv bezeichneten Kräfte nicht an Boden gewinnen sollten. Mit Hilfe von Unterkunft gewährenden

¹¹³ Zum Inhalt der Enzyklika, siehe verkürzte die deutsche Übersetzung in Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz 1980, S. 73-80.

¹¹⁴ Vgl. HK 9. 1967, S. 411.

¹¹⁵ Vgl. Antoine, S. 95.

¹¹⁶ Zum Dokument siehe die deutsche Übersetzung in Adler 1970, S. 83-91.

Dominikanerorden konnte die Versammlung dennoch stattfinden. Der Staat reagierte mit Repressionen gegen die Studenten und Patres.

Die Kirche reagierte unterschiedlich auf diesen Konflikt. Während der CNBB-Präsident Rossi die Anschuldigungen gegen den Dominikanerorden zurückwies, äußerte sich der konservative Erzbischof von Porto Alegre, Vincente Scherer, im Sinne des Staates. Er verlangte von der Kirche sich aus der Politik bezüglich der Studenten herauszuhalten. Diese Haltung löste eine öffentliche Debatte aus, die sich in zahlreichen Manifesten und Gegenmanifesten äußerte.¹¹⁷

Die Affäre von Volta Redonda - 1967

Ausgelöst wurde diese Affäre durch die Verhaftung von Mitarbeitern des Bischofs von Volta Redonda, Waldyr Calheiros. Sie wurden von der Polizei festgenommen, nachdem diese bei ihnen „subversive“ Flugblätter mit der Aufschrift „Die Regierung ist eine Diktatur im Dienste des amerikanischen Imperialismus“ gefunden hatten.¹¹⁸ Der Bischof setzte sich bei den Behörden für eine Freilassung ein, aber ohne Erfolg. Dann wandte er sich mit demselben Anliegen an die Medien, was auch keine Wirkung in seinem Sinne zeitigte.

Kurze Zeit später drang die Polizei auf das Territorium der Kirche ein, und beschlagnahmte Unterlagen des Bischofs. Die Kirche war empört über dieses Vorgehen, es kam zu öffentlichen Diskussionen. Sogar der Kongreß schaltete sich ein.¹¹⁹ Der Staatspräsident hingegen spielte diese Affäre herunter, und verwies auf ein ungetrübtes Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

¹¹⁷ Vgl. Antoine S. 99ff.

¹¹⁸ Ebd. S. 104.

¹¹⁹ Ebd. S. 194ff.

Anlässlich dieses Vorfalles kam es zu ersten staatskritischen Stellungnahmen der CNBB-Zentalkommission seit dem Staatsstreich von 1964:

Wir können nicht umhin, unsere Solidarität mit unseren Brüdern, den Bischöfen, Priestern und Laien, zum Ausdruck bringen, wenn sie in der Erfüllung einer echten seelsorgerischen Aufgabe Opfer des Unverständnisses und der Ungerechtigkeit sind.¹²⁰

Die Kirche wies ebenso auf ihre Autonomie hin:

Die Bischöfe können es nicht hinnehmen, daß andere außerhalb der Gesetzgebung der Kirche meinen, ihre Funktionen definieren und begrenzen zu können...Indem sie ihre Gläubigen zur Ausübung von Gerechtigkeit und Nächstenliebe hinführen, tragen sie zur Aufrechterhaltung der wahren gesellschaftlichen Ordnung bei.¹²¹

Darüber hinaus wurde das Thema der Menschenrechte angesprochen.

Auf der anderen Seite hielt man an dem Angebot der Zusammenarbeit fest. Ein konkreter Vorschlag sah eine staatlich-kirchliche Institution vor, die bei eventuellen Konflikten schon im Vorfeld schlichtend eingreifen sollte.

Die Affäre von Volta Redonda zeigt zum einen, daß die CNBB sich bewußt wurde, selbst Opfer der staatlichen Repression sein zu können. Zum anderen mußte der Staat feststellen, daß die progressiven Kräfte innerhalb der Kirche ihm gefährlicher werden könnten, als dieser anfänglich vermutet hatte. Die Opposition innerhalb der Kirche war nicht mehr marginalisiert. Deshalb läßt sich nun von einer neuen Phase im Verhältnis zwischen Kirche und Staat sprechen.

¹²⁰ Ebd. S. 106.

¹²¹ Vgl. Prien 1981, S. 165, übersetzt aus PT Nr.6/1968, S. 260-266.

Studentenkonflikte und Kirche - 1968

Die Konflikte zwischen dem Staat und den Studenten von der repressiven Gewalt gegen oppositionelle Hochschüler bestimmt. Der Staat wollte nicht mit "Subversiven" verhandeln, ihre Argumentation sollte vielmehr ignoriert und ausgeschaltet werden.

In diesem Kontext der sozialen Spannungen fand zwischen dem 15. und 20. Juli in Rio de Janeiro die neunte Vollversammlung der CNBB statt. Die Rede des Planungsministers auf der Vollversammlung, sowie das auf ihr verabschiedete Schlußkommuniqué soll nun näher betrachtet werden.¹²²

Der Planungsminister, Helio Beltrão, durfte sein Entwicklungsprogramm auf der Vollversammlung vorstellen, nachdem er zuvor mit dem CNBB-Präsidenten über eine Redeerlaubnis verhandelt hatte. Nach etwa 15 Minuten Redezeit verließen circa 20 Bischöfe, unter ihnen Hélder Câmara, den Raum.¹²³ Der Großteil der noch im Saal befindlichen Bischöfe applaudierte Helio Beltrão nach seinem Vortrag. Dieses Ereignis führt anschaulich die tiefe Spaltung der Kirche vor Augen.

Im Abschlußkommuniqué bezogen die Bischöfe Stellung gegen repressive Maßnahmen des Staates und Gewalt der Opposition, indem sie sich über die Gewalt der Regimegegner und des Staates besorgt zeigten und zu einem friedlichen Dialog aufriefen:

¹²² Vgl. HK 9. 1968, S. 415.

¹²³ Ebd., S. 415.

¹²⁴ Zitiert aus HK 9. 1968, S. 415. „[...] não podemos deixar de verificar situações de violência que progressivamente se ampliam e se aprofundam. A violência subversiva ou repressiva parece a certos grupos a única solução [...]. O radicalismo de posições ideológicas, que impedem um diálogo construtivo e a busca solidária de soluções a serviço de todos, contradiz o Evangelho.“ zitiert aus CPV, Vol. 2, S. 82.

Wir können nicht gewisse Situationen der Gewalt übersehen, die sich zunehmend ausdehnen und vertiefen. Die subversive oder repressive Gewalt erscheint vielen Gruppen als die einzige Lösung [...] Der Radikalismus ideologischer Positionen, der den konstruktiven Dialog und die solidarische Suche nach Lösungen verhindert, widerspricht dem Evangelium.¹²⁴

Desweiteren kritisierte die Kirche den Staat wegen Mißachtung fundamentaler Menschenrechte, wie die der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung, und forderte den Staat auf, die notwendigen sozialen Reformen vorzunehmen. Aber auch in diesem Abschlußkommuniqué fehlte nicht die ausdrückliche Formulierung des Wunsches nach konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat.¹²⁵

Auf Kontinuität im Verhältnis der beiden Institutionen ließ nur der Wunsch nach weiterer Zusammenarbeit im Abschlußkommuniqué schließen. In den anderen Punkten des Kommuniqués aber gewann die Kritik am staatlichen Vorgehen deutlichere Konturen. Die Kirche begann eine Funktion der Opposition innerhalb Brasiliens zu übernehmen. Denn der Staat zeigte sich nicht mehr willens, die Auseinandersetzung mit anderen oppositionellen Gruppen zu suchen. Dadurch, daß die Kirche den Staat kritisierte, und dieser mehr und mehr mit Diffamierungen reagierte, wurde ein Konflikt zwischen den beiden Institutionen unumgänglich.

Medellin und ihre Auswirkungen

Die zweite lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellin stellt einen Wendepunkt für die Kirche Lateinamerikas dar.¹²⁶ Man beriet

¹²⁵ Vgl. HK 9. 1968, S. 415.

¹²⁶ Zu den Beschlüssen der Konferenz siehe Adveniat 1970.

über die soziale und wirtschaftliche Situation des Kontinents und gab neue Ziele vor. Die Schlagwörter "Befreiung", "Kirche der Armen" oder "Solidarität mit den sozial Schwachen" prägten die Konferenz.¹²⁷

Die verabschiedeten Noten waren eine Kampfansage an die autoritären Regimes, insbesondere an das Brasiliens. Es wurde ein klares Bekenntnis zur demokratischen Staatsform abgegeben.¹²⁸

Dem brasilianischen Staat zeigten diese Beschlüsse unmißverständlich, daß die Kirche immer mehr zu einer ernstzunehmenden Opposition werden könnte. Die Regierung versuchte deswegen eine Politisierung der Kirche zu verhindern. Der konservative Flügel sollte gestärkt werden, um die Bedeutung der auf der lateinamerikanischen Konferenz verabschiedeten Richtlinien innerhalb der Kirche Brasiliens möglichst gering zu halten. Zusätzlich sollte verstärkt gegen subversive Kräfte innerhalb der Kirche vorgegangen werden.

Der fünfte Institutionelle Akt - AI-5

Im Dezember 1968 kam es zum Streit zwischen der Exekutive und der Legislative. Der regierungskritische Abgeordnete der "Oppositionspartei", Márcio Moreira Alves, hatte ein Buch mit dem Titel "Foltern und Gefolterte" geschrieben, in dem er die Militärs mit einer "Horde von Folterknechten" verglich. Die daraufhin von der Regierung geforderte Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität wurde vom Parlament zurückgewiesen.¹²⁹

Die Regierung reagierte auf die gesellschaftspolitischen Konflikte mit der Notverordnung Nr.5, die der Exekutive diktatorische Rechte geben sollte. Die Regierung beurlaubte das Parlament und verabschiedete

¹²⁷ Vgl. Krumweide 1982, S. 145.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Vgl. Dressel, S. 134f.

zahlreiche Dekrete, die die Grundrechte der Brasilianer einschränkten. Es begann nun die Zeit der härtesten Repression der gesamten Militärdiktatur.

Reaktion der Kirche

Die erste offizielle Stellungnahme der CNBB-Führung zur Notverordnung wurde erst im Februar 1969 abgegeben. In dieser Note wurde vorsichtige Kritik am Handeln der Regierung laut.¹³⁰ Die Geistlichen forderten vom Staat eine Redemokratisierung, boten aber auch ihre Zusammenarbeit an.

Diese Stellungnahme des CNBB wurde von Historikern, etwa von Deelen, kritisiert, da sie eine kräftige Sprache vermissen lasse.¹³¹ In dieselbe Argumentation reiht sich auch ein Brief von 513 Priestern an den CNBB, in dem diese die Bischöfe angriffen und sie als "Bundesgenossen des Regimes" bezeichnen.¹³²

Gegen diese Bewertung von Deelen steht die Reaktion des Staatspräsidenten, als diesem die Stellungnahme überreicht wurde. Er schmiß diese den Überbringern, Kardinal Câmara und Bischof Aloiso Lorscheider, vor die Füße.¹³³ Dies kann als deutliches Zeichen dafür gewertet werden, daß die Positionen der Kirche und des Staates nunmehr unvereinbar waren. Darüberhinaus kann die etwas verhaltene Kritik auch mit eventuell drohenden Repressionen des Staates erklärt werden.

¹³⁰ Im einem Abschnitt zum AI-5 heißt es: A situação institucionalizada no mês de dezembro último possibilita arbitrariedades, entre as quais a violação de direitos fundamentais, como o de defesa, de legítima expressão do pensamento e de informação; ameaça à dignidade da pessoa humana, de maneira física ou moral; institui poder que, em princípio, torna muito difícil o diálogo autêntico entre governantes e governados, e poderá levar muitos a uma perigosa clandestinidade. Zitiert aus CPV, 1986, Vol.2., S. 120.

¹³¹ Vgl. Deelen 1970. o.S.

¹³² Ebd.

¹³³ Vgl. Bruneau S. 388.

Öffentlichkeitsbild des Verhältnisses Kirche - Staat

Ungeachtet der unterschiedlichen Ziele der beiden Institutionen sollte zumindest in der Öffentlichkeit der Schein eines kooperativen Verhältnisses gewahrt werden. Das Regime versuchte die konservativen Kräfte der Kirche wieder auf seine Linie zu bringen. So stellte das Regime die finanzielle Unterstützung für die Fertigstellung der Kathedrale von Brasília in Aussicht.¹³⁴ Obwohl keine Belege dafür vorgebracht werden können, liegt die Vermutung nahe, daß das Regime hier durchaus Gegenleistungen von der Kirche erwartete.

Im Frühsommer des Jahres 1969 lud Costa e Silva die Kardinäle Brasiliens zu einem Gespräch ein. Dies war kurz vor der zehnten Vollversammlung der CNBB. Diese Tatsache legt den Verdacht nahe, daß der Staatspräsident sich dadurch eine Einflußnahme auf den Verlauf der Vollversammlung erhoffte. Von dieser Vollversammlung ging weder ein klares Bekenntnis für, noch gegen die Politik des Staates aus, denn für die Verabschiedung eines Dokuments fehlte die erforderliche Mehrheit.¹³⁵

Eine Mehrheit konnte unter anderem deswegen nicht zustande kommen, da sich im CNBB mittlerweile drei Gruppen mit konträren Meinungen formiert hatten: Die Gruppe der Progressiven, dann die der Konservativen, die vorbehaltlos hinter dem Staat standen, und als dritte

¹³⁴ Vgl. Antoine S. 200.

¹³⁵ Das Gespräch hatte inoffiziellen Charakter, d. h. es erfolgte nicht im Auftrag des CNBB. Aus dem Schluß-Kommuniqué geht hervor, daß die Begegnung in freundschaftlicher Atmosphäre verlief. Vgl. HK 9. 1969, S. 405.

Gruppe die Unentschlossenen, die zwar den Staat klar kritisierten, aber zu Geduld aufriefen.¹³⁶

Da kein Dokument verabschiedet wurde, sollen stellvertretend die Aussagen des CNBB-Präsidenten Rossi analysiert werden. Daß hiermit ein sehr anschauliches Bild der Verfassung der Kirche gezeichnet werden kann, obwohl im CNBB solch konträre Meinungen vertreten waren, soll nun gezeigt werden.

Kardinal Rossi verkündete die Übereinstimmung der Interessen von Kirche und Staat und rechtfertigte das Verhalten der Regierung mit folgenden Worten:

Sowohl die Armee wie die Regierung wollen in Brasilien dasselbe verwirklichen wie die Kirche. Unglücklicherweise waren einige Priester unvernünftig. Die Armee und die Regierung hat sie dafür bestraft, weil sie schuldig waren.¹³⁷

An anderer Stelle verurteilte er Folterungen und sprach sich für Menschenrechte aus:

Wir setzen uns für alle ein und wir bitten, daß die Menschenrechte für alle Geltung haben sollen, sowohl bei der Verteidigung wie auch bei der Behandlung.¹³⁸

Diese widersprüchlichen Aussagen Rossis zeigen beispielhaft das Bild, welches die Kirche in dieser Zeit in der Öffentlichkeit abgab. Nicht nur die Kirche selbst, sogar Persönlichkeiten ihrer Führung, waren nicht in der Lage, eine klare Richtung vorzugeben. Für den Staat war die Kirche dadurch zu einem unsicheren Faktor geworden.

¹³⁶ Vgl. K.N.A. 26. 8. 1969.

¹³⁷ Vgl. Publik 26. 6. 1970, o.S.

¹³⁸ Ebd.

Der Staat während der vorübergehenden Militärjunta

Im Sommer 1969 stellte sich heraus, daß Costa e Silva aufgrund einer Erkrankung das Amt des Staatspräsidenten nicht mehr weiter ausüben konnte. Gemäß der Verfassung von 1967 wäre der zivile Vizepräsident der Nachfolger gewesen. Die Militärs verhinderten diese Machtübernahme, und setzten eine dreiköpfige Militärjunta an die Führungsspitze des Staates, die bis zum Amtsantritt von Marschall Emilio Garrastazu Medicis¹³⁹ im November 1969 die Amtsgeschäfte übernahmen. Die Militärjunta führte die 1946 abgeschaffte Todesstrafe wieder ein, was in der Kirche für heftige Diskussionen sorgte. Alle brasilianischen Kardinäle sprachen sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. So bekräftigte etwa Kardinal Scherer, die Todesstrafe sei gutzuheißen, da andere Maßnahmen nicht ausreichten, um Ruhe und Ordnung in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten.¹⁴⁰ Diese Aussage stieß auf vielfache Kritik. Deutlich formulierte beispielsweise die katholische Arbeiterbewegung ihre Kritik an den Stellungnahmen der Kardinäle, indem sie diesen vorwarfen auf „Schmusekurs“ zum Staat zu gehen, und das Vorgehen der Kardinäle als „eine nicht nachvollziehbare Reaktion“ bezeichneten.¹⁴¹

¹³⁹ Marschall Medici (1905-1995) war langjähriger Freund von Marschall Costa e Silva und Chef des bras. Geheimdienstes und war vom 30. 10. 1969 bis zum 15. 3.1974 Präsident.

¹⁴⁰ Vgl. Faber 1970, S. 115.

¹⁴¹ Vgl. K.N.A. 21. 10. 1969.

3.4 Phase 1969-1973

Die Regierungszeit Médicis

Die Regierungszeit des General Médici fiel in den Zeitraum des sogenannten „brasilianischen Wirtschaftswunders“. Diese Tatsache nutzte die Regierung im folgenden immer wieder, um sowohl in- als auch ausländische Kritik an ihrer Politik von sich zu weisen, indem sie die Ursache für den wirtschaftlichen Aufschwung sich selbst zuschrieb.¹⁴²

Die Phase war durch Ausnahme Gesetze geprägt, und die Repression gegen „Subversive“ dauerte während der gesamten Phase an. Die Regierung Médici ist aufgrund ihres harten Vorgehens auch als Schreckensherrschaft bezeichnet worden.¹⁴³

Veränderungen in der Bildungspolitik

Daß Staat und Kirche sich voneinander entfernten, machte sich beispielsweise im Bildungssektor bemerkbar. So wurde 1970 ein neues Fach mit dem Namen „Moralische und bürgerliche Erziehung“ eingeführt, das im Gegensatz zur katholischen Lehre stand.¹⁴⁴ Später verbot der Staat dem von der Kirche neu vorgelegten Katechismus „Leben und Glauben“ an öffentlichen Schulen zu lehren, da dieser subversive Thesen enthalte. Eine Reaktion der Kirche darauf blieb

¹⁴² Zur wirtschaftlichen Situation während der Regierungszeit Médicis siehe Skidmore 1988, S. 138ff.

¹⁴³ Vgl. Dressel 1995, S. 143.

¹⁴⁴ Vgl. Prien 1981, S. 180.

weitgehend aus. Allerdings widersprach Kardinal Scherer der staatlichen Kritik, und wies die Leiter der katholischen Privatschulen an, weiterhin mit dem Katechismus zu arbeiten. Dies ist besonders deswegen bemerkenswert, da Scherer den konservativen Kräften der Kirche zugerechnet wurde.¹⁴⁵

Die bis auf Ausnahmen sehr verhaltene Kritik der Kirche, kann mit dem durch die stark repressive Politik des Regimes Médicis zunehmend eingeeengten Handlungsspielraum der Kirche erklärt werden.

Diffamierungen der Kirche durch den Staat nahmen im folgenden stark zu. Einzelne Würdenträger waren regelrechten Diffamierungskampagnen ausgesetzt. Folter, Mord und Ausweisungen brasilianischer Staatsbürger aus ihrem Land wurden immer mehr zur Normalität. Zunehmend waren unter den Opfern der repressiven Politik auch Angehörige kirchlicher Amtsträger, was auch bei einigen konservativ eingestellten Bischöfen eine regierungskritische Wandlung auslöste.¹⁴⁶

Die Kritik der progressiven Kirchenmitglieder wurde immer lauter. Durch die zensierten öffentlichen Medien konnte diese Kritik sich aber nicht äußern, sogar der Name Hélder Câmara an sich unterlag einer Zensur.¹⁴⁷ Die konservative CNBB-Führung dagegen schwieg, um das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht gänzlich zu zerrütten. Dennoch war auch in diesen Kreisen eine zunehmende Distanzierung zum Militärregime spürbar.

Kirchliche Äußerungen im Ausland

¹⁴⁵ Vgl. HK 4. 1970, S. 169.

¹⁴⁶ Die Affäre um die Dominikaner von São Paulo ist nur ein Beispiel von vielen für die Diffamierungen. Siehe Brune 1970, S. 103ff.

¹⁴⁷ Die Medien durften ebenso nicht mehr Berichte veröffentlichen, die auf Differenzen von Kirche und Staat hindeuteten. Vgl. Wink 2001, S. 22.

Hélder Câmara, der sich in Brasilien nicht mehr öffentlich äußern durfte, konnte jedoch im Ausland auf die staatliche Unterdrückung in Brasilien aufmerksam machen. Durch zahlreiche Reden, wie etwa in Paris vor 15.000 Menschen, konnte er die europäische Öffentlichkeit für sein Anliegen gewinnen.¹⁴⁸ Neben den Stellungnahmen Hélder Câmaras übte auch der Vatikan Kritik an der Praxis der Folter in Brasilien. Der Papst vermied es zwar den Namen Brasilien selbst zu nennen, doch war offensichtlich, welches Land angesprochen war.¹⁴⁹ Durch diese Kritik verlor der brasilianische Staat im Ausland erheblich an Ansehen.

In Brasilien wurde die Diskussion über die Folter durch die Zensur weitgehend eingeschränkt, und die Regierung wies die Anschuldigungen aus dem Ausland zurück.¹⁵⁰ Der Regierung nahestehende kirchlichen Würdeträger wiesen ebenfalls die Kritik aus dem Ausland zurück. So äußerte sich CNBB-Präsident Rossi folgendermaßen:

Ich bedaure die übertriebenen und von schlechten Willen zeugenden Berichte, die in europäischen Zeitungen [...] über Brasilien veröffentlicht werden. Sie haben das Ziel, das Bild von Brasilien zu verdrehen.¹⁵¹

Diese mal ablehnenden, mal zustimmenden Stellungnahmen der Bischöfe und Kardinäle zur Politik des Staates müssen als Beleg dafür eingeordnet werden, daß die Kirche in den ersten Monaten des Jahres 1970 ein sehr uneinheitliches Bild abgab.

¹⁴⁸ Zur Rede in Paris siehe Eigenmann S. 174ff.

¹⁴⁹ Zur päpstlichen Stellungnahme gegen die Folter siehe Langer 1980, S. 171.

¹⁵⁰ So bestritt der brasilianische Justizminister Alfredo Busaid gegenüber Journalisten, daß in den Gefängnissen gefoltert werde. Desweiteren sagte er, niemand werde verhaftet, der nicht mit der Regierungspolitik einverstanden sei. Vgl. Die Welt vom 3. 8. 1970. Ebenso wurde die von der Internationalen Juristenkommission geforderte Untersuchung über die Zustände in den Gefängnissen vom Justizminister zurückgewiesen. Vgl. Die Welt vom 30. 6. 1970.

¹⁵¹ Zitiert aus Deelen, o. S.

Den achten Nationalen Eucharistischen Kongreß nutzten die Kirche und der Staat dazu, Einigkeit zu demonstrieren. Staatspräsident Medici und die Kardinäle Eugênio Sales , Agnelo Rossi und Vicente Scherer ließen wissen, daß das Verhältnis auf Zusammenarbeit ausgerichtet sei.¹⁵²

Vollversammlung im Mai 1970

Die Erklärung der CNBB-Vollversammlung vom 24. Mai 1970 widersprach jedoch dem Eindruck, den die Repräsentanten der beiden Institutionen auf dem Kongreß zu erwecken suchten.¹⁵³ Denn während der Staat und auch der CNBB-Präsident Agnelo Rossi die Existenz der Folter bis dato rigoros abstritten bzw. verharmlosten, kann die Stellungnahme der CNBB als Bestätigung für die Existenz der Folter gedeutet werden.

In der auf dieser Vollversammlung verabschiedeten Stellungnahme verurteilte die Kirche jede Art von Folter. Der Staat wurde von ihr aufgefordert, die Anschuldigungen aus dem In- und Ausland zu untersuchen. Die CNBB wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, daß die Gewalt des Staates eine unaufhaltbare Eskalation provoziere, und deswegen unterbunden werden müsse.¹⁵⁴

Der Text enthält neben kritischen auch regierungsfreundliche Aussagen, so lobt die Kirche die wirtschaftlichen Erfolge der Regierung. Es überwogen jedoch die kritischen Töne gegenüber der Politik des Generals Médici. So seien Mißstände in der Justiz zu beheben, denn dort würden häufig Gesetze verletzt, und der Forderung nach politischer

¹⁵² Siehe dazu die Eröffnungsansprache von Kardinal Eugênio Sales in SEDOC 8. 1970, S. 209-212. Sales äußerte sich wie folgt: „Nossa missão é espiritual; não é política.” S. 212.

¹⁵³ Zur Erklärung siehe Publik vom 14. 8. 1970, o. S. u. Brune 1971, S. 96ff.

¹⁵⁴ Vgl. Publik vom 14. 8. 1970, o. S.

Partizipation sei ebenfalls nachzukommen. Eine friedliche Opposition und die damit verbundene freie Meinungsäußerung solle vom Staat ebenfalls geduldet werden, wurde gefordert.¹⁵⁵

Die Stellungnahme zeigt, daß die Kirche nun die Funktion einer Opposition eingenommen hat. Die regimetreuen Bischöfe haben durch dieses Dokument eine Niederlage erlitten. Für den CNBB-Präsidenten Rossi bedeutete das CNBB-Dokument eine Schwächung seiner Position innerhalb der Bischofskonferenz. Der Staat seinerseits ging nicht auf die Forderungen der CNBB ein.

Staatliche Repressionen halten an

Auch die Kirche war Opfer der repressiven Politik, so wurde etwa der CNBB-Generalsekretär Aloísio Lorscheider versehentlich für mehrere Stunden verhaftet. Der Staat bewegte sich in der Frage der Repression nicht, was die Kirche im Oktober 1970 zu einer weiteren Stellungnahme auf einer außerordentlichen Sitzung der CNBB-Kommission veranlaßte:

Die Zentralkommission hält die kritische Präsenz der Kirche für unabdingbar nötig, um die menschlichen Werte der Entwicklung zu bewahren und um zu garantieren, daß eine solche Entwicklung sich einfügt in den Kontext der Heilsgeschichte, für die das Opfer jener, die heute aus diesem Grunde Verfolgung erleiden, als Impetus dient.¹⁵⁶

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶Vgl. Prien 1981, S. 184, übersetzt aus Praxis 1978, S. 164-166. In SEDOC 11. 1970 S. 648, steht ebenfalls die Stellungnahme der Zentralkommission, die am 17. 10. 1970 im „Journal do Brasil“ erschien: „A Comissão Central julga imprescindível afirmar a presença crítica da Igreja, no sentido de preservar os valores humanos de desenvolvimento e garantir êste venha a se inserir num episódio da história da salvação, à qual serve de alento o sacrifício dos que hoje sofrem perseguição por êstes mesmos objetivos.“

Dieses Mal aber blieb der Staat nicht unbeeindruckt. Die militärischen und polizeilichen Kräfte wurden angewiesen, keine Geistlichen mehr ohne vorherige Rücksprache mit der jeweiligen Polizeibehörde zu verhaften.¹⁵⁷ Dieser Versuch zur Verbesserung des Verhältnisses hatte jedoch nicht den erhofften Erfolg, da die Kirche ihr Hauptaugenmerk nicht mehr nur auf das Wohl ihrer Bischöfe und Priester, sondern auch auf das der gesamten Bevölkerung gerichtet hatte.

Personelle Veränderungen innerhalb der Kirche

Bereits vor dieser Stellungnahme der CNBB-Kommission wurde der CNBB-Präsident Agnelo Rossi im Oktober 1970 vom Papst in den Vatikan versetzt.¹⁵⁸ Dies kann als eine Anpassung an das neue kritische Bewusstsein gegenüber dem Staat innerhalb der CNBB gedeutet werden. Agnelo Rossi stieß wohl innerhalb der eigenen Reihen aufgrund seiner regierungsfreundlichen Politik zunehmend auf Unverständnis.¹⁵⁹

Die Wahl der neuen CNBB-Führung fand erst im Januar 1971 auf der zwölften Vollversammlung der Bischofskonferenz statt, und auch hier wurden die zwei Regierungskritiker in den höchsten Posten gewählt: zum einen der neue CNBB-Präsident Aloísio Lorscheider,¹⁶⁰ zum anderen als neuer Generalsekretär sein Vetter Bischof Ivo Lorscheider. Die Wahl dieser zwei war für viele Außenstehende überraschend, denn der neue CNBB-Präsident, der ja noch vor ein Jahr kurzzeitig verhaftet worden war, galt gegenüber dem konservativen und regierungsfreundlichen Kardinal Vicente Scherer als Außenseiter.¹⁶¹

¹⁵⁷ Vgl. FR (Frankfurter Rundschau) vom 18. 10. 1970, o. S.

¹⁵⁸ Vgl. FR vom 24. 10. 1970, o. S.

¹⁵⁹ Sein Amt als Erzbischof von São Paulo trat der für seine Kritik an der Regierung bekannte Bischof Paulo Evaristo Arns 1970 an.

¹⁶⁰ Aloísio Lorscheider (geb.1924) wurde 1973 zum Erzbischof von Fortaleza und 1976 zum Kardinal ernannt.

¹⁶¹ Vgl. Prien 1981, S. 185f.

Diese Veränderungen innerhalb der CNBB-Führung verfehlten ihre Wirkung auf das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht. Den Richtungswechsel der Kirche konnten auch die Kardinäle Scherer und Câmara nicht verhindern. Kardinal Scherer hatte im Vorfeld, und auch in seiner Eröffnungsrede zur Vollversammlung, noch von einem guten Verhältnis zum Staat gesprochen. Kardinal Câmara hatte sich ebenfalls vor der Wahl in einem Interview mit einer brasilianischen Zeitung dahingehend geäußert, daß das Verhältnis zum Staat spannungsfrei sei.¹⁶²

Die staatliche Repression dauerte auch 1971 an. Die CNBB kritisierte weiterhin den Staat, so etwa anlässlich des erstmals ausgesprochenen Todesurteils gegen einen Untergrundkämpfer.¹⁶³

150. Jahrestag der Unabhängigkeit

Das Jahr 1972 war politisch von den Festlichkeiten zum 150. Jahrestag der Unabhängigkeit am 7. September 1972 geprägt. Anhand des Umgangs der beiden Institutionen mit diesen Festlichkeiten soll die Entwicklung des Verhältnisses nun weiter erläutert werden.

Die Kirche weigerte sich, dem Militärregime am höchsten Ehrentag der Nation ihre Segen zu geben, und feierte statt dessen bereits am 3.9.1972 die Unabhängigkeit.¹⁶⁴ Da die Kirche bis dato fast jeden nationalen Feiertag mit dem Staat zusammen feierte, zeigt die symbolische Handlung der Kirche, daß das Verhältnis zwischen den beiden Institutionen indifferent bis feindschaftliche war.

¹⁶² Vgl. K.N.A. 11. 2. 1971.

¹⁶³ Vgl. German, S. 219.

¹⁶⁴ S Z (Süddeutsche Zeitung) vom 29. 8. 1972.

Dieses Verhältnis ist auch in der von der CNBB veröffentlichten Stellungnahme zum 150. Jahrestag erkennbar.¹⁶⁵ Der Inhalt des kirchlichen Dokuments bezieht sich zuerst auf die 150-jährige Geschichte der brasilianischen Kirche. Anschließend geht sie auf die Frage der Unabhängigkeit in der Gegenwart ein:

[...] die Unabhängigkeit kann kein vergangenes Faktum sein, ein Datum, das man feiert, sondern bleibt eine täglich zu bewältigende Eroberung, ein dauernder Prozeß, der dazu dienen soll, die fortschreitende Befreiung von allen Knechtschaften zu sichern, die die Menschen daran hindern, ihre menschliche und christliche Berufung in aller möglichen Fülle zu bewältigen.¹⁶⁶

Die Diskussion um die Menschenrechte - 1973

1973 änderte sich das angespannte Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht grundlegend. Dazu trug sicherlich auch die Diskussion um die Menschenrechte bei, die anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Erklärung der Menschenrechte verstärkt von der Kirche geführt wurde.¹⁶⁷ Diese Debatte diente der Kirche als eine zusätzliche Stütze gegen die Politik der Staatsmacht. In der Vollversammlung der CNBB (6.-15. Februar 1973) widmeten sich die Bischöfe Fragen der Menschenrechte und des weltweiten Kampfes für den Frieden.

¹⁶⁵ Beim Datum der Veröffentlichung gibt es unterschiedliche Angaben. Gemäß SEDOC 10. 1972, S. 471 erschien sie bereits am 1. 9. 1972. Nach Prien 1981, erschien sie erst am 10. 9. 1972.

¹⁶⁶ Vgl. Prien 1981, S. 187. Ebenso in SEDOC 10. 1972, S. 476-478.,...pois Independência não pode ser apenas um fato que passou, uma data que se festeja, mas uma conquista de cada dia, um processo permanente destinado a assegurar a progressiva libertação de todas as servidões que impedem os homens de realizarem com a possível plenitude sua vocação humana e cristã“.S. 477.

¹⁶⁷ Siehe German, S. 219.

Die Bischöfe legten sich hier selbst die Pflicht auf, die Öffentlichkeit mit allen verfügbaren Kommunikationsmitteln über die Verletzung der Menschenrechte zu informieren, gleichgültig welche Folge dies auch für sie habe möge. Dabei sollte eine öffentliche Bekanntmachung von Menschenrechtsverletzungen aber erst erfolgen, wenn der Dialog mit den betreffenden staatlichen Behörden keine Lösung erwarten lasse.¹⁶⁸ Dieses Dokument trug weiter dazu bei, daß die Kirche von der Bevölkerung als Regierungskritikerin wahrgenommen wurde. Der Staat seinerseits ignorierte weitgehend die an ihn gestellten Forderungen und wies jede Anschuldigung zurück. So kam es nicht zu einem Dialog zwischen den beiden Institutionen in dieser Frage.

Neben diesem CNBB-Dokument gab es im folgenden weitere soziale und wirtschaftliche Anklageschriften gegen den Staat. Hier ist insbesondere das Dokument von den Bischöfen des Nordostens mit dem Titel „Ich habe das Schreien meines Volkes gehört“, und die von den Bischöfen des mittleren Westens veröffentlichte Stellungnahme „Marginalisierung eines Volkes. Schrei der Kirche“ zu nennen. Die Bischöfe kritisierten in diesen Schriften die soziale Situation der brasilianischen Bevölkerung.¹⁶⁹

Bis zum Ende 1973 wurden Diffamierungsmaßnahmen und Repressionen gegen die Kirche aufrechterhalten. So wurden kirchliche Dokumente beschlagnahmt und Untersuchungen in kirchlichen Räumen vorgenommen.¹⁷⁰

Daß sich nun auch die konservativen Kräfte, die früher für Zusammenarbeit mit dem Staat eintraten, vom Staat abwandten, zeigt sich etwa am Beispiel des Kardinals Scherer. In einem Interview sagte

¹⁶⁸ Zu den Vorschlägen der Kirche in Hinblick auf die Menschenrechte und dem Schlußkommuniqué der CNBB siehe SEDOC 5. 1973, S. 1375 ff.

¹⁶⁹ Zu den beiden Hirtenwörtern siehe Prien 1981, S. 189ff.

¹⁷⁰ Vgl. SZ vom 26. 6. 1973.

er, daß die brasilianische Regierung seiner Meinung nach keinen Wert auf eine Integration der Kirche in das politische System lege.¹⁷¹

4. Der interne Wandel der Kirche 1960-1973

Aus der vorliegenden Analyse lassen sich folgende Wandlungen der Kirche festhalten: In der ersten Phase ist die Kirche, die von progressiven Vertretern im Rahmen der CNBB geführt wird, durch externe, das heißt durch die Sozialzyklen „Mater et Magistra“ und „Pacem in Terris“, die Forderungen des Papstes, den Brief an die Bischöfe Lateinamerikas, sowie durch interne Faktoren, wie die progressive Führung der CNBB und ihre politische Akzentuierung, zu einer Kirche geworden, die sich den soziopolitischen Fragestellungen der Gesellschaft stellte. Die konservative Mehrheit der Bischöfe nahm in dieser Phase eine passive Rolle ein.

Nach dem Militärputsch von 1964 veränderte sich das Bild der Kirche. Interne Faktoren, wie die Wahl einer konservativ ausgerichteten CNBB-Führung und die Regionalisierung der CNBB, trugen zu einer Richtungsänderung innerhalb der Kirche bei. Die sozialpolitischen Forderungen traten dabei in den Hintergrund. Externe Faktoren, wie die Ergebnisse des 2.Vatikanischen Konzils oder die Enzyklika „Populorum Progressio“, wurden zunächst von der CNBB-Führung weitgehend

¹⁷¹ Vgl. Kirchenbote vom 8. 4. 1973.

ignoriert, wobei die progressive Gruppe um Hélder Câmara diese als Unterstützung für ihr Anliegen weiterhin nutzen konnte.

Die lateinamerikanische Bischofskonferenz von Medellín im Jahre 1968 hatte dagegen wieder Auswirkungen auf die brasilianische Kirche. So wandten sich, wenn auch nur vereinzelt, konservative Bischöfe den Problemen der Menschen zu.

In der letzten Phase wurde dieser soziopolitische Wandel der Kirche durch interne Veränderungen, daß heißt durch den Wechsel innerhalb der CNBB-Führung erkennbar. Aber auch externe Faktoren waren für diesen Wandel verantwortlich, wie zum Beispiel die immer weiter zunehmende Säkularisierung der Gesellschaft.¹⁷²

¹⁷² Vgl. Liehr, S. 247f.

Fazit

In der demokratischen ersten Phase konnte die Kirche eigene Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Situation unterbreiten. Der große Handlungsspielraum der Kirche während dieser Zeit zeigte sich auch in ihrer unparteiischen Haltung während des Wahlkampfjahres 1960.

Die Kirche, insbesondere die progressive CNBB-Führung, trat bis zum Militärputsch für soziale und ökonomische Reformen ein, die den armen Bevölkerungsmassen zugute kommen sollten. Bei dieser Position kam es zu einer Abspaltung von extremen kirchlichen Gruppen. Diese sprachen sich entweder für weitgehende Reformen aus, mit dem Anspruch aktiver Teilnahme am politischen Entscheidungsprozeß, oder sie lehnten Reformen, welcher Art auch immer, strikt ab.

Insgesamt aber vertraten die Kirche und der Staat nahezu dieselben Interessen in den Fragen der Reformen. Eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen war daher die logische Folge. Das gute Verhältnis zeigte sich vor allem in Gemeinschaftsprojekten, wie der Bewegung für die Grundausbildung, MEB.

Die Argumentation dieser reformfreundlichen Kirche wurde durch die Stellungnahmen des Papstes, wie etwa die beiden Sozialenzykliken, gestärkt. Die progressive Führung der CNBB fand also durch den Vatikan Unterstützung für ihr Anliegen.

Die Regierenden und die progressive Führung der CNBB hatten auch persönlich ein gutes Verhältnis. So bot der Staatspräsident Quadros dem CNBB-Generalsekretär eine Position in seinem Kabinett an. Neben diesem fast schon partnerschaftlichen Verhältnis gab es aber auch Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Institutionen. Die Gründe dafür lagen in der Außenpolitik des Staatspräsidenten Quadros, welche von Goulart fortgesetzt wurde. Die konservativen Bischöfe, die innerhalb der CNBB den größten Anteil ausmachten, äußerten sich gegen die von der Regierung vertretene Öffnung zu den kommunistischen Staaten. Anfang 1964 war es vor allem diese kirchliche Gruppe, die einen Sturz der linken Regierung begrüßte. Die progressive CNBB-Führung verhielt sich zu diesem Zeitpunkt weitgehend passiv, und beteiligte sich somit indirekt an der Demontage der Demokratie.

Das Militär, das von 1964 bis 1985 die Staatsführung inne hatte, sah in der Kirche eine Institution, die sich nicht in die Belange des Staates einzumischen hatte. Die Kirche wechselte ihre CNBB-Führung aus und vollzog einen Richtungswechsel, der den Interessen des Staates entgegen kam. Die konservative CNBB-Führung distanzierte sich zunehmend von den Reformvorhaben, und richtete ihr Hauptaugenmerk auf ihre geistliche Funktion. Das Verhältnis der beiden Institutionen war in der zweiten Phase, der Regierungszeit des Marschalls Castelo Branco, von Zusammenarbeit geprägt. Die wenigen Konflikte zwischen progressiven kirchlichen Vertretern und dem Staat

konnten von beiden Seiten weitgehend gelöst werden, wobei der Wille nach einem konfliktarmen Verhältnis von beiden Seiten ausging.

Während der 3.Phase, der Regierungszeit des Marschalls Costa e Silva, die bis 1969 andauerte, wandelte sich das Verhältnis. Ab der zweiten Jahreshälfte 1967 kam es zunehmend zu ernststen Konflikten zwischen den beiden Institutionen. Die staatlichen Repressionen gegen Angehörige der Kirche führten schließlich dazu, daß die CNBB-Zentralkommission im November 1967 die erste kritische Stellungnahme gegenüber der Militärregierung verabschiedete.

Die Kirche war jedoch weiterhin gespalten. Während die konservativen Bischöfe – und damit auch die CNBB-Führung – weiterhin an einem guten Verhältnis zum Staat interessiert waren, konnten die progressiven Bischöfe ihrerseits dem ab dem Militärputsch eintretenden Prozeß ihrer Marginalisierung entgegenwirken. Ihre Position innerhalb der Kirche verbesserte sich unter anderem aufgrund der 1968 erschienenen Sozialzyklika „Populorum Progressio“, und den Stellungnahmen auf der zweiten Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Medellin desselben Jahres. Nachdem der Staat erkannt hatte, daß die progressiven Kräfte der Kirche den Interessen des Militärs entgegenstanden, richteten sie ihre repressiven Maßnahmen zunehmend auf diese oppositionelle Gruppe.

Das Einsetzen des sogenannten 5. Institutionellen Aktes im Dezember 1968, der dem Militär nun auch formal diktatorische Rechte gab, änderte das Verhältnis zwischen den beiden Institutionen. Auch wenn die Kirche ihre Kritik bezüglich dieser Veränderung nur vorsichtig äußerte, zeigt sich hier, wie unvereinbar die Interessen der beiden Institutionen geworden sind. Das Verhältnis kann deshalb von diesem Zeitpunkt an, auch wenn dies zunächst nach außen nicht deutlich wurde, nicht mehr mit dem Begriff Zusammenarbeit umschrieben

werden. Die Kirche zeigte sich zu diesem Zeitpunkt unentschlossen, auf der einen Seite standen die Gegner und auf der anderen Seite die Befürworter der Regierung. Als Ausdruck diesen kirchlichen Dissenses kann die zehnte CNBB-Vollversammlung im Mai 1969 betrachtet werden, auf der man sich nicht auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen konnte.

In der letzten Phase, der Regierungszeit des Marschalls Médici, änderte sich das Verhältnis grundlegend. Der Staat und die Kirche distanzieren sich weiter voneinander. Die progressiven Kirchenvertreter äußerten sich im Ausland über die Repression, und schaden dadurch dem Ansehen der Militärregierung. Der Staat reagierte mit weiteren repressiven Maßnahmen, die sich gegen die Kirche richteten.

Nach außen sollte das Bild der Zusammenarbeit vermittelt werden, doch in der Stellungnahme der Vollversammlung im Mai 1970 bezieht die Kirche deutlich Stellung gegen die Politik des Staates. Nachdem es auch zu personellen Veränderungen innerhalb der CNBB-Führung im Frühjahr 1971 gekommen war, änderte sich an dem angespannten Verhältnis bis zum Ende der Phase nichts. Die Kirche war die einzige noch vorhandene organisierte Opposition Brasiliens, somit kann das Verhältnis in dieser Phase als nahezu feindschaftlich charakterisiert werden kann. Bemerkbar machte sich dies zum Beispiel bei den Festlichkeiten zum 150-jährigen Unabhängigkeitstag am 7. September 1972, den die Kirche an einem anderen Tag feierte. Und auch 1973 kam es zu weiteren Protesten der Kirche gegen den Staat, wobei die Kirche die Tatsache nutzte, daß sich 1973 die Unterzeichnung zur Erklärung der Menschenrechte zum 25. Mal jährte.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß die internen Veränderungen der Kirche innerhalb des untersuchten Zeitraumes maßgeblich die

Modifikationen im Verhältnis zum Staat bestimmt haben. Da der Staat nicht entscheidend auf die interne Struktur der Kirche einwirken konnte – was in dieser Arbeit zu zeigen versucht wurde – wäre es interessant, in einer weiteren Analyse den Einfluß des Vatikans auf die brasilianische Kirche und ihre politische Ausrichtung zu untersuchen.

Literaturverzeichnis

Literatur und Quellen

Adler, Gerhard 1970: *Revolutionäres Lateinamerika*, Eine Dokumentation, Paderborn.

Adveniat (Hrsg.) 1970: *Dokumente von Medellin*, Dokumente Projekte 1–3, Sämtliche Beschlüsse der II. Generalversammlung des Lateinamerikanischen Episkopates Medellin 24.8.-6.9.1968, Essen.

Alves, Márcio M. 1979: *A igreja e a política no Brasil*, São Paulo.

Antoine, Charles 1972: *Kirche und Macht in Brasilien*, Graz (Original: *L'église et le pouvoir au Brésil*, Paris 1971).

Bernal, Sergio 1989: *CNBB, Da Igreja da Crisandade à Igreja dos Pobres*, São Paulo, (Original: *La Iglesia del Brasil y el compromiso social, El paso de la Iglesia de la Cristiandad a la Iglesia de los Pobres*).

Beyme, Klaus von (Hrsg) u.a. 1987: *Politikwissenschaft – Eine Grundlegung*, III. Außenpolitik und Internationale Politik, Stuttgart u.a. S.81-82.

Broucker, José de 1971: *Dom Hélder Camara*, Die Leidenschaft des Friedenstifters, Graz.

Broucker, José de 1978: *Dom Hélder Camara*, Die Bekehrungen eines

Bischofs, Wuppertal.

Brune, Johannes Maria (Hrsg.) 1971: *Die Papageienschaukel*, Diktatur und Folter in Brasilien, Eine Dokumentation, Düsseldorf.

Bruneau, Thomas C. 1974: *The political transformation of the Brazilian Catholic Church*, London.

CNBB (Hrsg.) 1977: *Igreja x Governo: documentos oficiais da CNBB*, São Paulo.

CNBB (Hrsg.) 1966: *Plano de Pastoral de Conjunto 1966-1970*, Rio de Janeiro.

Couto, Ronaldo Costa 1999: *História indiscreta da ditadura e da abertura*, Brasil: 1964–1985, 3.Edição, Rio de Janeiro / São Paulo.

CPV (Centro de Pastoral Vergueiro) 1986: *As relações Igreja – Estado no Brasil*, Vol.1, 2, São Paulo.

Deelen, Godfried 1970: Kirche der Unterdrücker-Kirche der Unterdrückten? in: *Publik* vom 26.6.1970.

Dressel, Heinz F. 1995: *Brasilien*, Von Getúlio bis Itamar, Vier Jahrzehnte erlebter Geschichte, Berlin.

Dussel, Enrique D. 1988: *Die Geschichte der Kirche in Lateinamerika*, (aus d. Span. von Horst Goldstein), Mainz.

Eigenmann 1984: *Politische Praxis des Glaubens*, Dom Hélder Câmaras Weg zum Anwalt der Armen und seine Reden an die Reichen, Freiburg / Münster.

Faber, Gustav 1970: *Brasilien*, Weltmacht von morgen. Tübingen/Basel.
Funke, Liselotte 1977: Freie Kirche im Freien Staat, S.255-261, in: Denzler, Georg (Hrsg.), *Kirche und Staat auf Distanz*, historische u. aktuelle Perspektiven, München.

German, Christiano 1999: *Politik und Kirche in Lateinamerika*, Zur Rolle der Bischofskonferenzen im Demokratisierungsprozeß Brasiliens und Chiles, Frankfurt am Main.

Gogolok, Osmar E. 1999: Dom Hélder Câmara (1909-1999) Stationen und Wandlungen eines engagierten Lebens im Dienst der Kirche, in: Institut für Brasilienkunde (Hrsg.) *Brasilien-Dialog* 1.2.1999, Mettingen. S. 41-77.

- González, José 1971: *Dom Hélder Camara, Bischof und Revolutionär*, Limburg.
- Hucke, Jochen 1980: *Politische Handlungsspielräume*, Möglichkeiten und Probleme ihrer empirischen Bestimmung, Wuppertal.
- Klostermann, Ferdinand 1976: *Überlegungen zur Herrschafts- und Institutionsproblematik in der Kirche*, Wien.
- Krumweide, Heinrich W. 1982: Die katholische Kirche in Lateinamerika, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), *Lateinamerika*, Bürger im Staat, Band 1059, Stuttgart u.a. , S.141-152.
- Langer, Martin u. Iblackner, Reinholder (Hrsg.) 1980: *Christenverfolgung in Südamerika*, Zeugen der Hoffnung, Freiburg.
- Liehr, Wilfried 1988: *Katholizismus und Demokratisierung in Brasilien: Stimulierung von sozialen Lernprozessen als kirchl. Reformpolitik*, Saarbrücken.
- Luhmann, Niklas 1977: *Funktion der Religion*, Frankfurt am Main.
- Mols, Manfred 1989: Staat und Demokratie in Lateinamerika, S.197-254, in: Hünermann, Peter u.a.(Hrsg.), *Katholische Soziallehre-Wirtschaft-Demokratie*, Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm, Mainz.
- Nohlen, Dieter u.a. 1992, Struktur – und Entwicklungsprobleme Lateinamerikas, S.13-90, in: Nohlen, Dieter u.a. (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Südamerika, Bonn.
- Pahl-Rugenstein Verlag (Hrsg.) 1966: *PACEM IN TERRIS*, Enzyklika Papst Johannes Paul XXIII., Köln.
- Prien, Hans Jürgen 1978: *Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika*, S. 541-573, Göttingen.
- Prien, Hans Jürgen (Hrsg.) 1981: *Lateinamerika. Gesellschaft-Kirche-Theologie*, Bd.1 Aufbruch und Auseinandersetzung, Göttingen.
- Schneider, R.M. 1971: *The Political System of Brasil. Emergence of a „Modernizing“ Authoritarian Regime*, 1964–1970, New York.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) 1980: *Dienst am Frieden*, Stellungnahmen der Päpste des II. Vatikanischen Konzils und der Bischofssynode, von 1963 bis 1980, Bonn.

Skidmore, Thomas E. 1988: *The politics of Military Rule in Brasil 1964-85*. New York.

Thomas, Tobias 1985: *Brasilianische Militärherrschaft, 1964-1979*, Mettingen.

Wink, Georg 2002: *Alternative Presse in Brasilien (1964-82)*, Mettingen.

Zeitschriften und Zeitungen

FR (Frankfurter Rundschau)

FR vom 18. 10. 1970: „Vatikan besorgt über die Lage in Brasilien“, o.S.

FR vom 24. 10.1970 „Brasilianischer Kardinal nach Rom“, o.S.

Herder Korrespondenz (HK)

HK 9. Heft, 15. Jg., 1961: „Brasiliens neuer Kurs“, S. 403-404.

HK 5. Heft, 16. Jg., 1962: „Brasilien nimmt diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf“, S. 204-205.

HK 8. Heft, 18. Jg., 1965: „Brasiliens Aufstieg am Rande des Abgrundes“, S. 371-373.

HK 9. Heft, 21. Jg., 1967: „Lateinamerikanische Reaktionen auf „Populorum progressio“, S. 419-413.

HK 9. Heft, 22. Jg., 1968: „Innerkirchliche Spannungen in Brasilien“, S. 415-418.

HK 5. Heft, 23. Jg., 1969: „Die Kirche Brasiliens unter dem Militärregime“, S. 227-230.

HK 9. Heft, 23. Jg., 1969: „Brasiliens Episkopat vor wichtigen Entscheidungen?“ S. 405-407.

HK 4. Heft, 24. Jg., 1970: „Polizeiterror in Brasilien“, S. 168-171.

Kirchenboten

Kirchenboten vom 11. 10. 1970: „Empörung über Verhaftungen in Brasilien“, o. S.

K.N.A. – Katholische Nachrichten Agentur

K.N.A. vom 26. 8. 1969: „Katholische Korrespondenz Nr. 34“.

K.N.A. vom 21. 10. 1969: „Offener Brief an brasilianische Kardinäle“.

K.N.A. vom 11. 2. 1971: „Gute Beziehungen zwischen Kirche und Staat“.

PMV (Pro Mundi Vita)

PMV 1968: „Brasilien: Eine Kirche in der Erneuerung“.

Publik

Publik vom 14 .8 .1970: „Wir lehnen jede Folter ab“, o. S.

SEDOC – Serviço de Documentação

SEDOC 8. Heft, Vol. 3, 1970: „VIII Congresso Eucarístico Nacional“, S. 209-212.

SEDOC 11.Heft, Vol. 3, 1970: „Reunião Extraordinário da Comissão Central“ S. 648-650.

SEDOC 10. Heft, Vol. 5, 1972: „Sesquicentenário da Independência do Brasil“, S. 471-490.

SEDOC 5. Heft, Vol. 5, 1973: „XIII Assembléia Geral da CNBB“, S. 1335-1388.

Der Spiegel

Der Spiegel Heft 37, 15.Jg., vom 6. 9. 1961:
„Brasilien, Quadros, Kreuz des Südens“, S. 70-73.

Der Spiegel Heft 41, 20.Jg., vom 3.10.1966:
„Lateinamerika, Studenten, Flucht zum Pfarrer“, S. 144-146.

SZ (Süddeutsche Zeitung)

SZ vom 29. 8. 1972: „Der liebe Gott marschiert nicht mehr mit“ vom
Korrespondenten Carlos Widmann, o. S.

SZ vom 26. 6. 1973: „Kirchliche Dokumente in Brasilien
beschlagnahmt“, o.S.

Die Welt

Die Welt vom 3. 8. 1970: „Brasilien bestreitet Folterungen“.

Die Welt vom 30. 6. 1970: „Brasilien: Untersuchung der Gefängnisse abgelehnt“.

Anmerkung

Wo nicht anders vermerkt, sind die biographischen Daten und Informationen von der Internetseite www.munzinger.de entnommen (Stand 13.10.2003).

Erklärung

Hiermit versichere ich, daß ich diese Diplomarbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Die Stelle meiner Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, habe ich in jedem Fall unter Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht.

Detlef Henke